



Zwei Staaten, zwei Nationen – und jede Menge Identitäten

Werner T. Bauer

Werner T. Bauer

Zwei Staaten, zwei Nationen – und jede Menge Identitäten

Nationales Selbstverständnis
und Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt
in Deutschland und Österreich





© 2016 Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh

Verantwortlich: Kai Unzicker
Lektorat: Rudolf Jan Gajdacz, team 4media&event, München
Satz: Ines Meyer, Gütersloh
Umschlagabbildung: George Clerk/iStock

Inhalt

Einleitung	7
Imaginierte und reale Wirklichkeiten	10
Deutschland	15
Am Anfang war die Sprache	15
Eine »verspätete Nation«	16
Heimatvertriebene und andere Flüchtlinge	19
Das »Wunder von Bern«	21
»The first contact« – Die »Gastarbeiter«-Anwerbung und ihre Folgen	22
Deutschland wird zum Einwanderungsland	23
Die Abkehr vom Abstammungsprinzip	27
Deutschland, ein Sommermärchen?	29
Die Pragmatismusfalle	30
»Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz«	34
Österreich	39
Ein Staat, der an einem Sprachfehler zugrunde gegangen ist ..	39
Schmelztiegel wider Willen	41
Von »einem Staat, den keiner wollte« zum »besseren deutschen Staat«	42
Das erste Opfer	45
Transitland mit Tradition	46
»Eine Insel der Seligen«	47

Von »Tschuschen« und anderen »Gastarbeitern«	49
»Schifoan is des leiwaundste ...«	51
Österreich will kein Einwanderungsland sein	52
»Wir sind alle nicht von hier«	56
Das Ausländerthema und der Aufstieg der Rechtspopulisten ..	58
Ein Zustand der Sprachlosigkeit	62
Eine ernüchternde Bilanz	66
 Hier Segregation, da größere Durchlässigkeit –	
Österreich und Deutschland im Vergleich	71
»It's the economy, stupid«	71
Wie halten wir es mit der »Leitkultur«?	74
Statt eines Fazits	78
 Literatur	
Literatur	81
Weitere Quellen	92
 Der Autor	
Der Autor	94

Einleitung



»Toleranz ist immer und überall eine Frage der inneren Selbstbefreiung.«

JOHANN GOTTFRIED VON HERDER

Die vorliegende Arbeit behandelt zwei benachbarte (und kulturell verwandte), aber dennoch sehr unterschiedliche Länder und zwei grundsätzlich in sich abgeschlossene Themen – die Frage nach der nationalen Identität und jene nach dem Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt am Beispiel der Zuwanderung –, die allerdings, wie sich bei genauerem Hinsehen zeigt, eng miteinander verknüpft sind. Denn eines ist gewiss: Nur eine gefestigte, sich all ihrer bereits bestehenden Vielfältigkeit – und welche moderne Gesellschaft wäre nicht »vielfältig«?! – selbst bewusste Gesellschaft wird das Fremde nicht als Bedrohung oder gar als Feind, sondern als eine mögliche Bereicherung befürworten und ergreifen können. Nur so kann und wird Integration »auf Augenhöhe« funktionieren.

Ebenso sicher aber ist, dass ein übersteigerter Nationalismus, der in Wahrheit ja nur einen Mangel an Selbstwert kaschiert, die Integration erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht, weil das Fremde sich überall dort, wo man ihm mit Misstrauen und Ablehnung begegnet, auf sein »imaginiertes Selbst« zurückziehen wird. Wer nicht willkommen geheißen (oder zumindest mit freundlichem Interesse aufgenommen) wird, der wird sich auch niemals heimisch fühlen können. So entstehen »Parallelgesellschaften«, so wächst kultureller und religiöser Fundamentalismus. Denn »das Bedürfnis der Folgegenerationen, sich in der Gesellschaft, in die sie nicht eingewandert, sondern hineingeboren sind, an der Herkunftskultur zu orientieren, stellt eine Reaktion auf die Erfahrung von Ausgrenzung und Diskriminierung entlang kultureller Differenzen dar« (Çinar 1992: 115 f.)

Deutschland und Österreich, das ist eine lange Geschichte von »Bruderkriegen« und Anschlusssehnsüchten, von Distanzierung und Vereinnahmung, von Größenwahn und Minderwertigkeitsgefühlen. Und obwohl kaum zwei andere europäische Staaten in ihrer gesamten Verfasstheit einander so ähnlich sind, trennt die Deutschen und die Österreicher mittlerweile viel mehr als die gemeinsame Sprache, wie dieses – fälschlicherweise! – Karl Kraus zugeschriebene Bonmot behauptet.

Wenn wir verstehen wollen, warum Deutschland und Österreich heute so unterschiedlich auf die Herausforderungen von gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt reagieren, müssen wir weit zurück in die Geschichte blicken, müssen verstehen, wie deutsche und österreichische Identitäten entstanden sind, sich entwickelt und verändert, vor allem aber, wie die großen gesellschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte die beiden Länder und die in ihnen lebenden Menschen geprägt haben.

»Warum (...) reagieren die Deutschen und die Österreicher so unterschiedlich auf Flüchtlinge und Migration?« fragte erst kürzlich Georg Hoffmann-Ostenhof (2015) in der Wochenzeitschrift *profil*. Stark verkürzt könnte man sagen, dass während in Deutschland die Asylunterkünfte brennen, in Österreich die rechte FPÖ von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilt; und während in Deutschland die Kinder der »Gastarbeiter« mittlerweile sogar bis in die Chefetagen der etablierten Politik – von Wirtschaft und Medien ganz zu schweigen! – aufgerückt sind, werden sie in Österreich immer noch vorwiegend als Putzfrauen, Bauarbeiter und Taxifahrer beschäftigt. Beides ist natürlich stark übertrieben, aber deshalb nicht unwahr – und symptomatisch für die unterschiedliche Entwicklung. Wobei Verallgemeinerungen in Bereichen, die mit Zahlen und Fakten nur unzureichend belegbar sind, wo vieles bloße Vermutung, Annahme und Behauptung bleibt, mit allergrößter Vorsicht zu genießen und in vielen Fällen ganz einfach unzulässig sind. »Den Deutschen« gibt es ebenso wenig wie »den Österreicher« oder »den Migranten«. Durch Deutschland im Speziellen und durch den deutschen Sprach- und Kulturräum im Besonderen verlaufen die unterschiedlichsten historischen,

konfessionellen und kulturellen Bruchlinien, von Osten nach Westen und von Norden nach Süden – man denke nur an die ganz eigene jüngere Geschichte der »neuen Bundesländer« oder an die kulturelle Nähe (und gleichzeitig Distanz!) Bayerns zu Österreich.

Was ist deutsch, was österreichisch? Und zwar nicht mehr in Abgrenzung gegeneinander – diese Frage hat sich glücklicherweise längst erledigt –, sondern die Zuwanderer betreffend, die Ein- und die Noch-nicht-Eingebürgerten, die ja, je nach Lesart, möglichst rasch integriert werden sollen bzw. sich gefälligst zu integrieren hätten. Und was bedeutet »integriert« sein denn überhaupt? Nach dem Verständnis vieler Deutscher und Österreicher wohl am ehesten »nicht mehr (negativ) auffallen«. Mimikry als Tugend. Doch können Menschen, »denen man ihre Herkunft ansieht«, wie ein österreichischer Politiker es einst formulierte, sich überhaupt jemals integrieren? Inwiefern erleichtert oder erschwert das Selbstverständnis eines Landes und seiner Bewohner die Aufnahme und Integration von Fremden? Und sind nicht in erster Linie doch ökonomische Faktoren maßgebend für den Erfolg oder Misserfolg der Integration?

Imaginierte und reale Wirklichkeiten

Warum ist für viele Menschen die Frage nach ihrer kulturellen oder nationalen Identität heute wieder so wichtig geworden? Sind wir denn nicht alle einzigartig, als Ich-Unternehmer und Superindividualisten Herren (und Herrinnen) unseres gesamten Lebensentwurfes, frei und (weitgehend) gleich vor den Gesetzen des Marktes und des Konsums? Wahrscheinlich liegt gerade darin das Problem. In einer zunehmend vernetzten und globalisierten Welt, in Gesellschaften, die von Zuwanderung, Multikulturalität, Heterogenität und einem atemberaubenden Wandel geprägt sind, gewinnt die Frage nach der Zugehörigkeit ganz automatisch an Bedeutung.

Dieses Bedürfnis nach kultureller Einbettung verspüren nicht nur die tatsächlich Entwurzelten, die Migranten und ihre Nachkommen, deren Identitätssuche sich mitunter auf dramatische und erschreckende Weise manifestiert, sondern auch die Vertreter der jeweiligen Mehrheitskulturen, die vielfach verunsichert und verängstigt sind und sich belagert und von »Umwölkung« bedroht sehen. Gewiss, dahinter stehen sehr oft eher soziale denn kulturelle Probleme – Ausgrenzung, Diskriminierung, Chancenosigkeit. Aber nicht nur. Denn auch die Teilhabe an den Segnungen der schönen kapitalistischen Konsumwelt kann die Frage nach der Zugehörigkeit nicht beantworten. Der Konsum allein ist weder sinn- noch identitätsstiftend.

»Kulturelle Identität« bezeichnet das Zugehörigkeitsgefühl zu einem bestimmten kulturellen Kollektiv, das von relativ kleinen Subkulturen bis zu ganzen Nationen reichen kann und sich, so die Vorstellung und Behauptung, in signifikanter Weise von anderen, ähn-

lichen Kollektiven unterscheidet. Diese Unterschiede können relativ gering – also solche des Milieus oder der Lebenswelt –, aber auch groß und bedeutungsschwer sein – wie Sprache, Religion, Sitten und Gebräuche.

Das jeweils »Eigene« wird dem »Anderen«, dem »Fremden« aufgrund dieser Unterschiede als gegensätzlich gegenübergestellt, wobei das »Eigene« meist unhinterfragt übernommen und als dem »Anderen« gegenüber höherwertig verinnerlicht wird. Diese emotional oft stark aufgeladenen Gegensätze können – etwa bei regionalen Unterschieden innerhalb eines Volkes – in Form einer *joking relationship*-Beziehung¹ sublimiert werden, manchmal allerdings gehen sie auch mit Ablehnung oder sogar Hass einher.

Soweit die Theorie. Die Realität ist wesentlich vielschichtiger und komplexer. Der 1998 mit dem Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnete Amartya Sen argumentiert in seinem Buch *Identity and Violence* (2006) gegen Samuel P. Huntingtons in *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order* (1996) geäußerte Theorie von einem kulturell motivierten Konflikt zwischen den großen »Kulturreihen« mit dem Argument, dass ein und dieselbe Person völlig widerspruchsfrei viele unterschiedliche Identitäten besitzen, neu annehmen oder auch wieder ablegen könne.

Kollektive Identitäten sind Konstrukte. Während sie in kleineren Subkulturen auf faktischer Zusammengehörigkeit basieren (können), sind die meisten anderen, etwa »Völker« oder »Nationen«, in allererster Linie imaginiert. Was sie jedoch verbindet, ist die Tatsache, dass sie alle eine bis zu einem gewissen Grad egalitär verstandene Mitgliedschaft postulieren, die die real existierenden (zumeist sozialen) Unterschiede innerhalb der Gruppe überdeckt.

Nach Benedict Anderson sind Nationen in erster Linie »Vorstellungsgemeinschaften« ihrer Mitglieder, denn die »Gemeinschaft« existiere ja in erster Linie »im Kopf eines jeden« (Anderson 2005: 15).

1 *Joking relationship* bezeichnet in der Kulturanthropologie eine ritualisierte Spottbeziehung zwischen unterschiedlichen Gruppen von Personen, Stämmen, Nachbargemeinden, Berufen oder auch zwischen Männern und Frauen.

Diese »Erzählungen der Nation« – Geschichten, Landschaften, Ereignisse und deren Deutungen, nationale Symbole und Rituale, Erinnerungen an Triumphhe und Niederlagen, werden in vielfältiger Weise in der Kunst, in den Medien, aber auch in der Alltagskultur immer wieder vorgetragen, erneuert und verfestigt. Im Vordergrund steht dabei die gemeinsame Geschichtserzählung, denn »die Imagination nationaler Gemeinschaft ist angewiesen auf die Imagination einer in die Tiefe der Zeit zurückreichenden Kontinuität« (Assmann 2007: 133).

Historisch gesehen »generieren sich Nationen nicht auf der Basis vormoderner ethnischer Gemeinschaften, sondern die ethnischen Identitäten, auf die sich nationalistische Ideologien so gerne berufen, werden als Konstrukt oder Produkt des Nationalismus gesehen.« Das heißt, dass erst der Nationalismus jene »ethnonationalen« Vergemeinschaftungen konstruiert hat, »welche fälschlicherweise als ursprünglich aufgefasst werden« (Smutny 2004: 33). Nationen sind demnach Artefakte menschlicher Überzeugungen, Loyalitäten und Solidaritätsbeziehungen. »Der Mensch macht die Nation« (Gellner 1995: 16).

Kollektive Identitäten gibt es demnach nicht »an sich«, sondern immer nur in dem Maße, in dem sich bestimmte Personen zu ihnen bekennen (vgl. Assmann 2007: 132). Und: Bei kollektiven Identitäten handelt es sich, wie wir im Folgenden noch sehen werden, um äußerst instabile Gebilde (vgl. ebd.: 144).

In unseren vielfach fragmentierten postmodernen Gesellschaften stellt sich natürlich die Frage, ob ein gemeinsames Identitäts- und Wertefundament überhaupt noch benötigt wird bzw. worauf es basieren soll. Die schöne Utopie einer sich selbst regulierenden Multikulturalität »stößt freilich regelmäßig dort an die Grenzen der Realität, wo es darum geht, sich um der geregelten Kommunikation willen auf eine gemeinsame Sprache zu einigen, Kenntnisse über das politische System, Recht, die Geschichte und Kultur des Landes zu haben, in dem man lebt, sowie bestimmte Standards des Zusammenlebens – wie etwa die Gleichberechtigung der Frau – zu akzeptieren« (Brenchenmacher o. J.; Scholz 2008: 35–39). Offenbar bedarf es einer »gemeinsamen Idee«, um Gesellschaften auf Dauer am Leben zu er-

halten. Für Gesellschaften wie die unseren, die sich durch kulturelle »Buntheit« und Diversität auszeichnen, gilt dies in ganz besonderem Maße.

Unter kultureller oder gesellschaftlicher Vielfalt (auch »Soziodiversität«) versteht man die Existenz von vielfältigen Identitäten und Kulturen, auch innerhalb einer Gesellschaft. In der im November 2001 auf der 31. UNESCO-Generalkonferenz verabschiedeten »Allgemeinen Erklärung zur kulturellen Vielfalt« heißt es in Artikel 1: »Kulturelle Vielfalt spiegelt sich wider in der Einzigartigkeit und Vielfalt der Identitäten, die die Gruppen und Gesellschaften kennzeichnen, aus denen die Menschheit besteht. Als Quelle des Austauschs, der Erneuerung und der Kreativität ist kulturelle Vielfalt für die Menschheit ebenso wichtig wie die biologische Vielfalt für die Natur. Aus dieser Sicht stellt sie das gemeinsame Erbe der Menschheit dar und sollte zum Nutzen gegenwärtiger und künftiger Generationen anerkannt und bekräftigt werden« (siehe UNESCO 2002).

Moderne Gesellschaften sind aufgrund ihrer kulturellen Differenziertheit per se »multikulturell«, das heißt, gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt stellt in den westlichen Industriegesellschaften eine gelebte Realität und eine tagtägliche Herausforderung dar. Sie manifestiert sich in sozialen und demographischen, aber auch in kulturellen und lebensweltlichen Unterschieden, und sie umfasst neben den aus der Migration hervorgegangenen ethnischen (und ethnoreligiösen) Subkulturen die mit der westlichen Lebensweise einhergehende Vielfalt der Lebensentwürfe, die Rolle und die Stellung der Frauen in der Gesellschaft, den Umgang mit (autochthonen) Minderheiten, die Einstellung gegenüber und die rechtliche Stellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, den Umgang mit alternativen Lebensformen, mit Menschen mit Behinderungen usw., bis hin zur Rolle und Akzeptanz alternativer Kunstformen.

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf den Umgang mit dem Phänomen der Migration in Deutschland und in Österreich, wobei davon auszugehen ist, dass der Umgang mit ethnischer, kultureller und religiöser Diversität *auch* beispielhaft für den Umgang mit gesellschaftlicher Diversität im Allgemeinen steht. Der gleichwohl tol-

rante wie selbst-bewusste (*sic*) Umgang mit gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt ist ein wesentlicher Indikator für den Entwicklungsstand einer Gesellschaft und bildet eine der wichtigsten Voraussetzungen für funktionierenden Pluralismus und gesellschaftliche Integration. Je offener und gleichzeitig in sich gefestigter eine Gesellschaft tatsächlich ist, umso leichter gelingt ihr der Umgang mit dem Fremden, das sich im Gegenzug als zwar diverser, aber konstituierender Bestandteil dieser Gesellschaft begreifen kann.

Deutschland



Am Anfang war die Sprache

Der Begriff »deutsch« (althochdeutsch: *diutisc*) bedeutet ursprünglich »zum Volk gehörig« und dient seit dem 9. Jahrhundert – in Abgrenzung zum »Welschen« (*walhisk*, fremd), also dem Romanischen – zur Bezeichnung der Sprecher germanischer Dialekte im Ostfrankenreich, der Keimzelle des heutigen Deutschland. Identität als Abgrenzung gegen »die Anderen«, »die Stammmer«, »die Stotterer« und »die Stummen«² – so beginnt es bei den meisten Völkern, wobei wir uns nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, dass die gesellschaftliche Realität der frühmittelalterlichen ständischen Gesellschaft in erster Linie ganz andere Identitäten als »nationale« stiftete.

Eine »Historisierung des Eigenbewusstseins« (Koselleck et al. 1992: 290), die mit der Pflege nationaler Mythen und der Ausformulierung nationaler Stereotypen einhergeht, lässt sich ab dem Zeitalter der Renaissance dokumentieren (Hardtwig 1994: 34–54; Garber 1989), als mit der »Wiederentdeckung« des Cheruskerfürsten Arminius ein erster germanischer Nationalheld geschaffen wird.³ »Deutsch«, hier

- 2 Siehe dazu »Barbar«, von griechisch *bárbaros* (βάρβαρος), wörtlich: »Stammmer« oder »Stotterer«, sowie die slawische Wurzel *niemc* (нѣмъ), wörtlich: »stumm«, als Bezeichnung für die Deutschen.
- 3 1519 röhmt Ulrich von Hutten Arminius als den »ersten Vaterlandsverteidiger« und stellt ihn in eine Reihe mit den großen Feldherren der Antike. Siehe: Arminius. *Dialogus Huttericus quo homo patriae laudem celebrant*, Hagenaus 1529 (postum veröffentlicht). Auch Philipp Melanchthon und andere befassen sich mit der Vita des Arminius.

gleichbedeutend mit »christlich«, wird auch zu einem wesentlichen Instrument der politischen Propaganda während der Türkenkriege und später, in einer Wiederbelebung der Abgrenzung zum »Welschen«, ein Appell an die nationale Solidarität während der Kriege des Hauses Habsburg gegen die Franzosen.

Ein wunderbares Beispiel für die Entwicklung nationaler Stereotype vor der Entstehung der Nationalstaaten ist die »Steirische Völkertafel«, eine tabellarische Zusammenstellung europäischer Völker mit den ihnen zugeordneten nationalen Eigenschaften vom Beginn des 18. Jahrhunderts. Aufgeführt werden *Spanier*, *Frantzoß*, *Wælisch* (Italiener), *Teutscher*, *Engerländer*, *Schwæth* (Schwede), *Boläck* (Pole), *Unger*, *Muskawith* (Russe) und *Tirk oder Griech*. Über den Deutschen heißt es, er sei *offenherzig* und *wizig*, und auch mit der ihm zugeschriebenen *Untugent – verschwenderisch* – lässt es sich ganz gut leben; der Franzose nämlich ist *betrügerisch*, der Italiener »lüstern«, der Pole »verfressen«, der *Unger* ein *Veräther*, der *Muskawith Gar Verätherisch*, und der *Tirk oder Griech noch Verätherischer* (siehe Wikipedia: Völkertafel).

Eine »verspätete Nation«

1685 bietet Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg seinen in Frankreich verfolgten protestantischen Glaubensgenossen freie und sichere Niederlassung an und gewährt ihnen mit dem Potsdamer Toleranzedikt besondere Privilegien, wie etwa die Befreiung von Steuern und Zöllen. Von den rund 200.000 ausgewanderten Hugenotten lassen sich knapp 50.000 in den Gebieten des heutigen Deutschland nieder – eine der ersten größeren Zuwanderungswellen jüngerer Zeit. Historisch gesehen bleibt Deutschland nämlich lange Zeit ein Auswanderungsland. Kriege und Glaubenskonflikte, Hungersnöte, politische Missstände und soziale Perspektivlosigkeit zwingen zwischen dem 18. und dem frühen 20. Jahrhundert geschätzte sechs Millionen Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Der Großteil von ihnen wandert in die USA aus.

Im frühen 19. Jahrhundert ist der Fleckenteppich kleiner und kleinster Einzelstaaten, der noch nicht »Deutschland« ist, von wirtschaftlicher Rückständigkeit geprägt und den schmerzlichen Erfahrungen der napoleonischen Fremdherrschaft hilflos ausgeliefert. Die Einflüsse der Aufklärung lassen auch in den deutschen Ländern Forderungen nach nationaler Einheit, politischer Mitbestimmung und wirtschaftlicher Liberalisierung laut werden. In Ermangelung eines deutschen Nationalstaates konstituiert sich das Konzept der Volksgemeinschaft zunächst über Vorstellungen kultureller (insbesondere sprachlicher) Identität und gemeinsamer Abstammung.

»Was ist des Deutschen Vaterland?«, fragt 1813 Ernst Moritz Arndt. »Ist's Preußenland? Ist's Schwabenland? (...) O nein, nein, nein! (...) Das ganze Deutschland soll es sein!« (Die Deutsche Gedächtnsbibliothek: Arndt) Das »ganze Deutschland« ist per definitionem dort angesiedelt, wo »deutsche Kultur« zu Hause ist. Literatur, bildende Kunst, Architektur, Musik und Philosophie avancieren zum Maßstab deutscher kultureller Identität, nicht selten in scharfer ideologischer Abgrenzung zur romanischen Kultur. Der Hass gegen den »Erbfeind« Frankreich – »Wo jeder Franzmann heißtet Feind, Wo jeder Deutsche heißtet Freund«, tönt es bei Arndt – wird konstitutiv für den deutschen Nationalismus. Einsam bleiben da die Stimmen der Warner und Ermahner, wie etwa Heinrich Heine, der in seinem Gedicht *Diesseits und jenseits des Rheins* schon früh auf die Gefahren hinweist, die der aggressive teutonische Nationalismus für ganz Europa darstellt: »Aber wir verstehn uns baß, Wir Germanen, auf den Haß. Aus Gemütes Tiefen quillt er, Deutscher Haß! Doch riesig schwillt er ...« (Die Deutsche Gedächtnsbibliothek: Heine).

Im »Völkerfrühling« des Vormärz sind Alternativen zum Nationalismus noch denkbar. Während der Debatte über die Grundrechte in der Frankfurter Paulskirche erklärt der liberale Berliner Abgeordnete Wilhelm Jordan am 4. Juli 1848: »Ich glaube, wir können ganz ruhig sagen: Jeder ist ein Deutscher, der auf dem deutschen Gebiete wohnt. (...) die Nationalität ist nicht mehr begrenzt durch die Abstammung und die Sprache, sondern ganz einfach bestimmt durch den politischen Organismus, durch den Staat. (...) wir erheben das Wort ›Deut-

scher zu einer höheren Bedeutung, und das Wort ›Deutschland‹ wird fortan ein politischer Begriff« (Wigard 1848: 737). Deutschland als politische Nation, nicht als ethnisch fundierte Gemeinschaft – was für eine (moderne) Vision!

Dem steht jedoch die Option für »Kleindeutschland« entgegen, zunächst 1849, dann 1866 und schließlich (und endgültig) 1871. Als Einigungskrieg – wieder so ein Sieg über den »Erbfeind!« – bildet er den entscheidenden Schritt zu einem von preußischem Militarismus geprägten deutschen Staat. Preußische Tugenden wie Pflichtbewusstsein, Treue und Pünktlichkeit verbinden sich mit pseudoreligiöser, spätromantischer Kunstschwärmerie zu einer explosiven Melange, die schon bald die Züge eines Weltbeglückungswahns trägt: »Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!« Im Konkurrenzkampf mit den europäischen Groß- und Kolonialmächten hat die »verspätete Nation« in der Tat einiges aufzuholen und der Deutschnationalismus feiert fröhliche Urständ. Die »völkische Bewegung« (Puschner, Schmitz und Ulbricht 1996), die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts großen Einfluss auf die Öffentlichkeit im Deutschen Reich, aber auch in Österreich-Ungarn gewinnt, und die sich in deutsch-national, zunehmend aber auch antisemitisch gesinnten Vereinen, Parteien und Publikationen manifestiert, verleiht dem Begriff der »deutschen Nation« eine über das Ethnische hinausgehende, rassistisch-völkische Bedeutung. Zur Einweihung des Völkerschlachtdenkmales anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Schlacht am 18. Oktober 1913 reisen 100.000 Mitglieder nationaler Verbände – Veteranen, Studenten und Turner – nach Leipzig, um die junge Nation und das neugeschaffene »Heiligtum des gesamten deutschen Volkes«, so sein Architekt Clemens Thieme (Siegrist et al. 2011: 124), zu zelebrieren. An die Entwicklung eines von demokratischen Idealen bestimmten Nationsbegriffs ist im wilhelminischen Obrigkeitsstaat nicht mehr zu denken.

Der wirtschaftliche Aufstieg des neu geschaffenen Deutschen Reiches und der damit verbundene Bedarf an Arbeitskräften führen ab den 1880er-Jahren dazu, dass erstmals mehr Menschen nach Deutschland ein- als Deutsche auswandern. Die »ausländischen

Wanderarbeiter« stammen vorwiegend aus Osteuropa – großteils aus Polen – und werden vor allem in den Zentren der Kohle- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets eingesetzt. Kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs sind in Deutschland über 1,2 Millionen ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Sie sind einer strengen behördlichen Kontrolle unterworfen, denn eine dauerhafte Einwanderung ist nicht erwünscht, und werden zwischenzeitlich sogar verpflichtet, das Land nach Ablauf ihres Vertrages wieder zu verlassen. Mit der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften kommt es allerdings bald zu einer dauerhaften Ansiedlung der »Polen«, die aufgrund ihrer Sprache und Kultur ein eigenständiges Arbeitermilieu in den Städten des Ruhrgebiets bilden. Nach dem Ersten Weltkrieg kehren viele polnischstämmige Arbeitskräfte in den wiederhergestellten polnischen Staat zurück, andere wandern im Laufe der 1920er-Jahre in die nordfranzösischen Kohlereviere ab. Der verbleibende Rest wird, auch infolge der antipolnischen Stimmung im Land, bald vollständig assimiliert (siehe Dahlmann et al. 2005).

Das Trauma des Jahres 1918 und die damit verbundene »Dolchstoßlegende«, die Wirren der Weimarer Republik, vor allem aber der wohl einzigartige »Zivilisationsbruch« während des Nationalsozialismus, der aus dem »Volk der Dichter und Denker« eines der Mörder und Henker macht, werden in den nächsten beiden Jahrzehnten tiefe Wunden im kollektiven Bewusstsein der Deutschen hinterlassen. Schmerzliche, aber auch heilsame Wunden, denn es wird nie wieder so sein, wie vorher ...

||||||| Heimatvertriebene und andere Flüchtlinge

Die erzwungene Migration von Menschen unterschiedlicher Herkunft – Heimatvertriebene, Flüchtlinge und *displaced persons* – verändert Deutschland nach Ende des Zweiten Weltkriegs radikal. Zwischen 1944/45 und 1950 müssen mehr als zwölf Millionen Menschen ihre Heimat in den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches, im Sudetenland sowie in Ost- und Südosteuropa verlassen.

Diese Flüchtlinge, Vertriebenen und Zwangsumgesiedelten lassen sich zum allergrößten Teil in der Bundesrepublik (etwa 8 Mio.) und der DDR (knapp 4 Mio.) nieder, was Deutschland zunächst vor schier unlösbare Herausforderungen stellt.

Der Zuzug der Vertriebenen sorgt auch für Spannungen und Konflikte mit der ansässigen Bevölkerung. Die Flüchtlinge sind keineswegs willkommen und sehen sich oft mit Verachtung und Ablehnung konfrontiert. Kulturelle Probleme entstehen vor allem da, wo in konfessionell homogenen Regionen, wie zum Beispiel in Oberbayern, große Bevölkerungsgruppen mit einem »fremden Lebensstil« und »fremder Konfession« angesiedelt werden. Erst die Aufschwungphase während der 1950er-Jahre erleichtert die wirtschaftliche und soziale Integration der Vertriebenen in die deutsche Gesellschaft.

Auch nach 1950 gelangen noch mehrere Millionen Aussiedler und Spätaussiedler,⁴ also Zuwanderer mit deutschen Wurzeln, aus den kommunistisch regierten Ländern Osteuropas in die Bundesrepublik. Die Eingliederung der ersten Aussiedler, die vor allem aus Polen und Rumänien stammen, verläuft relativ problemlos. Schwieriger gestaltet sich die Integration der »Russlanddeutschen«. Zwischen 1990 und 2000 reisen jährlich über 100.000 Aussiedler aus der früheren Sowjetunion in die Bundesrepublik ein, in den frühen 1990er-Jahren sind es sogar jeweils über 200.000 – insgesamt rund 2,5 Millionen Menschen, deren Lebensweise von der sowjetischen Kultur geprägt ist und von denen die meisten kaum über Deutschkenntnisse verfügen. In Deutschland werden die Spätaussiedler oft als »Russen« stigmatisiert – ein Ausdruck, der von den Angehörigen der jüngeren Generation häufig sogar als Merkmal der eigenen Identitätsbildung und Selbstabgrenzung übernommen wird –, viele sind überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen und manche erleben ihren Umzug als »sozialen Abstieg«.

⁴ Im amtlichen Sprachgebrauch werden diese Menschen bis zum 31. Dezember 1992 als »Aussiedler« bezeichnet, ab dem 1. Januar 1993 als »Spätaussiedler«.

Das »Wunder von Bern«

Nach den Schrecken des Kriegs und dem Elend der Nachkriegsjahre kommt die Prosperitätsphase der 1950er-Jahre so unerwartet über das in Trümmern liegende Land, dass bald von einem »deutschen Wirtschaftswunder« gesprochen wird. Tatsächlich aber findet zur selben Zeit ein gesamtwesteuropäisches Wirtschaftswunder statt, das zunächst dem durch den Marshallplan erleichterten Wiederaufbau geschuldet ist. Wahr ist, dass gerade jene Länder, die erhebliche Kriegsschäden erlitten haben, besonders hohe Wachstumsraten verzeichnen. Die in das westliche Wirtschaftssystem eingebundene Bundesrepublik profitiert zusätzlich von ihrer Frontstellung im Kalten Krieg.

Die Währungsreform im Jahr 1948 und die Einführung der Deutschen Mark schaffen nicht nur die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Konsolidierung, sondern erweisen sich auch psychologisch als enorm wichtig. Praktisch »über Nacht« wird aus dem Mangel der ersten Nachkriegsjahre ein fast märchenhafter Überfluss. Die deutsche Zauberformel heißt »soziale Marktwirtschaft«. 1949 erreicht die Bundesrepublik wieder das Wohlstandsniveau der Vorkriegszeit, der Arbeitskräftebedarf steigt kontinuierlich und schon 1955 werden die ersten »Gastarbeiter« aus Italien angeworben. Im selben Jahr läuft der einmillionste VW-Käfer vom Band – ein Symbol des deutschen Wirtschaftswunders und die beste Voraussetzung für das neue deutsche Statussymbol, den Auslandsurlaub, vorzugsweise in Italien.

Auffälligster Grundzug dieser Epoche ist die ausgeprägte Häuslichkeit, der Rückzug in eine neue Biedermeieridylle, die durch die Massenverbreitung des Fernsehens (ab 1954) einzentriert wird. 1957 wird das einmillionste Fernsehgerät angemeldet, zwei Jahre später hat sich die Zahl der Teilnehmer verdreifacht und 1960 verfügt bereits ein Viertel aller deutschen Haushalte über Fernsehgeräte. »Weil die jüngere Vergangenheit kaum Anlaß für Stolz bot«, schreibt Cordt Schnibben, »hielten sich die, denen danach war, an Mercedes, AEG und Krupp. ›Nation‹ war nach dem Krieg für die Bundesdeutschen nicht mehr Kulturnation und Schicksalsgemeinschaft,

sondern Arbeitsgemeinschaft und Sozialversicherung. Die Nation als Versorgungseinrichtung, als Garant für Arbeit und Brot, als Arbeitsamt und Rentenbehörde – das wurde zum Kern westdeutscher Vaterlandsliebe« (Schnibben 1993). Die Deutschen wollen ganz neu beginnen – und sie wollen das Vergangene so rasch als möglich vergessen. Die neuen Götzen der ernüchterten (West-)Deutschen heißen »Stabilität« und »Konsum«.

Sportliche Erfolge – vor allem im Fußball – werden zur Quelle eines neuen deutschen Nationalstolzes. Das »Wunder von Bern«, der Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 in der Schweiz gegen die hoch favorisierten Ungarn, dieser historische 3:2-Sieg im Berner Wankdorf-Stadion, stellt für den Historiker Joachim Fest die »eigentliche Geburtsstunde der Bundesrepublik« dar (Deutscher Fußball-Bund o. J.). Deutschland befreit sich aus der internationalen Isolation, endlich dürfen die Deutschen wieder stolz auf sich und ihr Land sein: »Wir sind wieder wer!«

»The first contact« – Die »Gastarbeiter«-Anwerbung und ihre Folgen

Aufgrund des rasanten deutschen Wirtschaftswachstums kommt es um die Mitte der 1950er-Jahre zu einem akuten Arbeitskräftemangel und zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. 1955 wird ein erster Anwerbevertrag mit Italien geschlossen, 1960 mit Spanien und Griechenland, weitere Abkommen folgen (Türkei 1961, Marokko 1963, Portugal 1964, Jugoslawien 1967). Schon 1964 wird der einmillionste »Gastarbeiter« mit einem Motorrad als Geschenk feierlich »willkommen« geheißen. An eine dauerhafte Niederlassung in Deutschland ist anfangs weder vonseiten der Anwerber noch vonseiten der durchwegs männlichen Arbeiter gedacht.

Die ausländischen Arbeitskräfte decken den akuten Arbeitskräftebedarf in der industriellen Massenfertigung, der Schwerindustrie (Eisen- und Metallerzeugung, Chemie) und im Bergbau. Sie verrichten vorwiegend Tätigkeiten, die nur eine geringe Qualifikation erfor-

dern.⁵ 70 Prozent der »Gastarbeiter« sind ungelernte oder angelernte Arbeiter mit entsprechend niedrigen Einkommen. Viele machen diesen Nachteil allerdings durch konsequente Selbstausbeutung wett, leisten überproportional viele Überstunden und nehmen bereitwillig schmutzige oder gefährliche Tätigkeiten in Kauf, die durch Sonderzulagen vergütet werden. Bei den Einheimischen trägt ihnen das bald den Ruf ein, »fleißig und tüchtig« zu sein. Die Tatsache, dass die »Gastarbeiter« häufig in Großbetrieben beschäftigt sind, erweist sich als zusätzlicher Vorteil, da hier höhere Stundenlöhne gezahlt werden. Die Einkommen vieler »Gastarbeiter« der ersten Generation reichen deshalb annähernd an das durchschnittliche Lohnniveau der Menschen in der Bundesrepublik heran (Bundesanstalt für Arbeit 1973: 91 ff.) – und dieser durch harte Arbeit erworbene kleine Wohlstand kommt nicht nur den daheim gebliebenen Familien zugute. Der gebrauchte Mercedes wird bald zum Statussymbol der »Gastarbeiter«, die es »geschafft haben«.

Deutschland wird zum Einwanderungsland ...

Während der »Gastarbeiterperiode« reisen etwa 14 Millionen Ausländer nach Deutschland ein und – im Sinne des angestrebten Rotationsmodells – elf Millionen wieder aus. 1973, als infolge der Erdölkrisen ein Anwerbestopp verhängt wird, leben noch knapp vier Millionen Ausländer in Deutschland. Allerdings verringert sich deren Zahl nach dem Anwerbestopp kaum – die zum Bleiben entschlossenen »Gastarbeiter« verlegen ihren Lebensmittelpunkt in die Bundesrepublik und beginnen, zunächst ihre Ehefrauen, später auch die Kinder nachzuholen. Deutlich zurück geht hingegen die Zahl der ausländischen Beschäftigten, von 2,5 Millionen im Jahr 1973 auf 1,6 Millionen im Jahr 1985. Die Arbeitslosenquote der Ausländer steigt hingegen erstmals über das Niveau der Gesamtbevölkerung.

5 Etwa ein Drittel der »Gastarbeiter« mit Berufsausbildung übt in Deutschland zunächst unqualifizierte Tätigkeiten aus. Siehe Delgado 1972: 45.

Die anfangs relativ gute finanzielle Situation der ausländischen Arbeitnehmer leidet darunter erheblich. Der Anteil der in Großbetrieben beschäftigten Ausländer verringert sich, schlechter bezahlte und mit häufigerer Arbeitslosigkeit verbundene Beschäftigungen in Kleinbetrieben werden auch in der Bundesrepublik üblich, die Entlohnung wird unterdurchschnittlich. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Arbeitsplätze mit besonders schweren und gesundheitsgefährdenden Tätigkeiten deutlich ab (Mehrländer, Hofmann und König 1981: 110; König, Schultze und Wessel 1986: 100 ff.). Zwar verbessert sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer auch die Wohnsituation der ehemaligen »Gastarbeiter« – der Anteil der Ausländer in Gemeinschaftsunterkünften geht von etwa 23 Prozent im Jahr 1972 auf knapp sieben Prozent im Jahr 1985 zurück (vgl. Mehrländer, Hofmann und König 1981: 671; König, Schultze und Wessel 1986: 610) – die weitere Entwicklung führt jedoch dazu, dass die Mehrzahl der ausländischen Familien bald eine neue Unterschicht am Arbeits- und Wohnungsmarkt bildet.

Die Politik konzentriert sich auf die Begrenzung der Zuwanderung und auf erste verhaltene Ansätze zur sozialen Integration der Arbeitsmigranten und ihrer Familien, denn die ausländische Wohnbevölkerung wächst, vor allem infolge von Familiennachzug. Gegen Ende der 1970er-Jahre werden die ersten Integrationskonzepte entwickelt. 1979 stellt der neu bestellte Ausländerbeauftragte Heinz Kühn (SPD) fest, dass eine unumkehrbare Entwicklung eingetreten sei und die Mehrzahl der Ausländer nicht mehr als »Gastarbeiter«, sondern als »Einwanderer« angesehen werden müssten. Kühn fordert die Politik dazu auf, die neue Rolle Deutschlands als Einwanderungsland zu akzeptieren und politische Schritte zu setzen, um den Bleibewilligen (und ihren Kindern) die Möglichkeit zu einer dauerhaften Integration zu eröffnen. Unter anderem bringt er das Optionsrecht auf Einbürgerung für im Land geborene und aufgewachsene Kinder sowie ein kommunales Wahlrecht ins Spiel.⁶

6 Siehe Kühn 1979. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet 1990 allerdings, ein kommunales Ausländerwahlrecht stehe nicht im Einklang mit dem Grundgesetz. Siehe www.servat.unibe.ch/dfr/bv083037.html.

Die Zeit ist dazu allerdings noch nicht reif – ganz im Gegenteil. In einer Phase, die durch zunehmende Arbeitslosigkeit und steigende Asylbewerberzahlen geprägt ist, setzt eine Wende in der Ausländerpolitik ein, die über viele – letztlich verlorene! – Jahre hinweg eine der (vergeblichen) Begrenzungspolitik sein wird. 1982 beschließt die sozialliberale Regierung die sogenannte Rückkehrförderung, die von der späteren Regierung Kohl umgesetzt werden wird und dem deutschen Staatshaushalt große Summen an Arbeitslosengeld erspart. Im selben Jahr wird auch ein Eilverfahren für offensichtlich unbegründete Asylanträge eingeführt.⁷

Durch parteitaktisches Kalkül und populistische Agitation in der Boulevardpresse verkommt die deutsche Ausländerpolitik in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre immer mehr zum Tummelplatz rechter Demagogie. Rechtsradikale Parteien wie Die Republikaner, die DVU und die NPD verzeichnen bei mehreren Landtagswahlen überraschend hohe Wahlergebnisse. Bezeichnenderweise kommt es in dieser »Abwehrphase« auch zur symbolträchtigen Verlagerung der Kompetenzen in der Ausländerpolitik vom Bundesarbeits- zum Bundesinnenministerium.

Auch die Neufassung des aus dem Jahr 1965 stammenden Ausländergesetzes (1990) trägt ganz deutlich die Handschrift ihrer Epoche. Einerseits verschaffen die Vorschriften über die Aufenthaltsverfestigung, den Familiennachzug, die Rechtsansprüche der jungen Generation und die Einbürgerung unter erleichterten Bedingungen den ehemaligen Gastarbeitern und ihren Familien erstmals so etwas wie einen Einwandererstatus, andererseits aber behandelt das Gesetz Menschen fremder Staatsangehörigkeit nach wie vor als potenzielle Gefahr.

⁷ Das Recht auf Asyl ist im deutschen Grundgesetz aus historischen Gründen vergleichsweise weit gefasst und wird lange Zeit großzügig ausgelegt. Bis in die Mitte der 1970er Jahre sind die Asylverfahren vor allem auf osteuropäische Flüchtlinge abgestimmt, ihre Inanspruchnahme ist verhältnismäßig gering. 1956, während des Volksaufstandes in Ungarn und 1968/69, nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings«, gibt es jeweils nur etwa 16.000 Asylgesuche.

Dennnoch steigt die Zuwanderung kontinuierlich. Der Fall des »Eisernen Vorhangs«, der Zuzug von »Spätaussiedlern« aus Ost-europa, die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die Zuspitzung des bewaffneten Konflikts im kurdischen Südosten der Türkei (und im benachbarten Irak) bringen immer mehr Asylbewerber ins Land. 1992 werden 438.000 Erstanträge gestellt, das sind (bereits damals!) 80 Prozent aller Asylanträge in Westeuropa. Deutschland nimmt zwischen 1987 bis 2001 sogar mehr Einwanderer auf als die klassischen Einwanderungsstaaten Kanada und Australien.⁸ Parallel dazu und befeuert durch die deutsche Wiedervereinigung macht sich in weiten Teilen des Landes eine – mitunter auch gewalttätige! – ausländerfeindliche Stimmung breit. Traurige Höhepunkte sind die Brandanschläge von Hoyerswerda (1991), Rostock (1992), Mölln (1992) und Solingen (1993), bei denen mehrere Menschen getötet werden.

Im Rahmen der im Schengener Abkommen angestrebten Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen kommt es 1992/93 zum sogenannten Asylkompromiss, einer deutlichen Verschärfung des Asylrechts, die sogar einer Änderung des Grundgesetzes bedarf. Die Gewährung von Asyl wird nun an bestimmte Bedingungen geknüpft (»Drittstaatenregelung«, Liste »verfolgungsfreier Staaten« etc.), die Anerkennungsquote sinkt auf weniger als zehn Prozent.

Die offizielle Politik verweigert sich viel zu lange der Realität Deutschlands als Einwanderungsland. Der Dresdner Parteitag der CDU Ende 1991 und die Streichung der Formel »Deutschland ist kein Einwanderungsland« aus dem Dresdner Manifest (siehe Dresdner Manifest, Programm und Protokolle) können deshalb im Nachhinein als Meilensteine in der deutschen Nachkriegsgeschichte gesehen werden.

⁸ Mit dem Ende der Balkankriege gehen auch die Zuwanderungszahlen zurück. In den Jahren 1997 und 1998 ist die Wanderungsbilanz sogar negativ. Gleichzeitig sinkt die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer durch Einbürgerungen von 1996 bis 2008 von 7,5 auf 7,2 Millionen Menschen.

Die Abkehr vom Abstammungsprinzip

Durch die rot-grüne Koalition (1998–2005) kommt erstmals etwas Bewegung in die deutsche Ausländerpolitik. Im Sommer 2000 setzt Bundesinnenminister Otto Schily ein nach der Vorsitzenden Rita Süssmuth auch als »Süssmuth-Kommission« bezeichnetes überparteiliches Gremium ein, das praktische Lösungsvorschläge und Empfehlungen für eine neue Ausländer- und Zuwanderungspolitik erarbeiten soll. Geplant ist zum Beispiel ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, das potenzielle Einwanderer nach Alter, Qualifikationen und Nützlichkeit bewertet. Parallel dazu sollen Zuwanderer ohne Daueraufenthaltsrecht kurzfristige Engpässe am Arbeitsmarkt überbrücken helfen.

Die »Süssmuth-Kommission« legt ihren Abschlussbericht im Juli 2001 vor. Nachdem der Entwurf für ein neues Zuwanderungsgesetz von den unionsregierten Ländern mehrfach abgelehnt wird, verabschiedet der Bundestag das Zuwanderungsgesetz mit den Stimmen von SPD und Grünen; das Bundesverfassungsgericht hebt das Gesetz wegen eines Formfehlers in der Bundesratsabstimmung allerdings Ende 2003 wieder auf. Im Mai 2004 einigen sich die im Bundestag vertretenen Parteien auf einen Kompromiss. Das Zuwanderungsgesetz⁹ wird am 1. Juli 2004 im Deutschen Bundestag verabschiedet und kann, nach Zustimmung des Bundesrates, am 1. Januar 2005 in Kraft treten. Das neue Aufenthaltsgesetz (siehe Quellenverzeichnis), Hauptbestandteil des Zuwanderungsgesetzes, regelt erstmals auch das übergeordnete ausländerpolitische Ziel der Integrationsförderung durch staatliche Integrationsmaßnahmen. Zu den wesentlichen Neuerungen des Gesetzes gehört der verpflichtende Besuch von Sprach- und Integrationskursen. Und aus dem bisherigen »Ausländerbeauftragten« wird der dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zugeteilte »Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration«.

⁹ Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern.

Schon zu Beginn ihrer Amtszeit drängt die rot-grüne Koalition auch auf eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts¹⁰ und eine Erleichterung der Einbürgerung. Knackpunkt ist die Frage der Mehrstaatigkeit, die von CDU/CSU heftig bekämpft wird. Nach langen Verhandlungen wird die generelle Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit aus dem Gesetzesentwurf gestrichen und stattdessen ein Optionsmodell entwickelt. Dieser Vorschlag wird als Gruppenantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU und CSU am 7. Mai 1999 im Bundestag verabschiedet und findet auch eine Mehrheit im Bundesrat (siehe Staatsangehörigkeitsgesetz).

Kern des neuen Gesetzes ist die Ergänzung des seit 1913 festgeschriebenen Abstammungsprinzips (*ius sanguinis*) durch das Geburtsortsprinzip (*ius soli*). Demnach können in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern mit der Geburt auch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Dauerhafte Mehrstaatigkeit erlaubt das Gesetz allerdings nur in Härtefällen. Bis zum Jahr 2014 sind Jugendliche mit Doppelstaatsbürgerschaft deshalb verpflichtet, zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr zu entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit behalten wollen.¹¹

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist ein erstes deutliches Zeichen dafür, dass sich Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Realität westeuropäischer Einwanderungsgesellschaften annähert und sich als Einwanderungsland zu verstehen beginnt.

- 10 Das Grundgesetz von 1949 definiert das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland als eine ethnisch homogene Abstammungsgemeinschaft. Siehe Art 116 Abs. 1: »Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.«
- 11 Der jahrelange Streit um die Ermöglichung der doppelten Staatsangehörigkeit bei *ius soli*-Deutschen wird nach der Bildung der Großen Koalition im Dezember 2013 beigelegt. Eine Optionspflicht für Personen, die »im Inland aufgewachsen sind«, besteht nun nicht mehr.

Deutschland, ein Sommermärchen?

Der nationale Taumel nach dem Fall der Berliner Mauer währt nur kurz; bald zieht in beiden Teilen des wiedervereinigten Deutschland Ernüchterung ein. Als Gründungsmythos eines neuen Deutschland ist der 9. November 1989 deshalb nur bedingt geeignet. Vielen früheren DDR-Bürgern erscheint dieses Deutschland als eine »vergrößerte Bundesrepublik«. Zwar erleben sie zu Beginn der 1990er-Jahre eine dem westdeutschen »Wirtschaftswunder« vergleichbare Wohlstandsexplosion, allerdings geht diese mit zum Teil dramatischen Begleiterscheinungen einher – Betriebsschließungen, Jobverlust und Abwanderung sowie ein beängstigender Anstieg von Fremdenhass und rechter Gewalt gehören bald zum ostdeutschen Alltag. Die Mehrzahl der Menschen im Osten beklagt die Vereinnahmung ihres Landes durch die westliche Konsumgesellschaft und sieht sich ihrer früheren Identität – wie gespalten diese auch immer gewesen sein mag! – und ihrer als durchaus positiv empfundenen, speziell ostdeutschen, Werte beraubt und quasi »kolonisiert«. Eine »Vergangenheitsbewältigung« findet, ähnlich wie 1945 im Westen, nur in Ansätzen statt. Wie meint Wolf Biermann doch so treffend: »Die meisten Richter werden wohl Richter bleiben, genau wie nach 45 im Westen. Die Schweine bleiben Schweine, die Chefs bleiben Chefs. Das Häuflein Aufrechter bleibt ein Häuflein« (Biermann 1990).

Während Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten zu einer (multikulturellen) »Mittelschichtgesellschaft« geworden ist, fühlt sich die Mehrheit der Menschen im Osten weiterhin der Arbeiterschicht zugehörig, das heißt, die neuen Bundesländer sind eine »Arbeitergesellschaft« geblieben, und auch hinsichtlich der Migration unterscheiden sich Ost und West grundlegend. Sieht man von den nahezu unsichtbar gebliebenen ausländischen »Leiharbeitern« ab, gab es in der DDR so gut wie keine Einwanderer, und auch heute noch lebt der allergrößte Teil der Migranten in den »alten Bundesländern«. Ostdeutschland ist immer noch eine weitgehend monokulturelle Gesellschaft (Geißler 2004 und 2008).

Für die Entwicklung eines kollektiven Deutschlandgefühls spielt wiederum ein sportliches Großereignis eine entscheidende Rolle. Das »Sommermärchen«, die Fußball-WM 2006, trägt nach Einschätzung vieler Experten mehr zur Herstellung der inneren Einheit Deutschlands bei, als alle Feiertagsreden und -veranstaltungen zusammen. Deutschland präsentiert sich der Welt als ein sympathischer Gastgeber und im Land selbst herrscht das Gefühl einer vier Wochen dauernden nationalen Kommunionsfeier vor, bei der selbst das ostentative Zeigen der deutschen Nationalfarben und -fahnen unverkrampft und ohne dumpfe nationalistische Begleitmusik einhergeht und niemandem mehr Angst macht – außer vielleicht einigen »dauerbesorgten« Deutschen. Daran kann auch die bittere 0:2-Halbfinalniederlage gegen Italien nichts ändern – Deutschland ist zum »Weltmeister der Herzen« geworden.

||||||| Die Pragmatismusfalle

Anfang des Jahres 2015 melden die Medien, dass Deutschland die höchste Einwanderung seit 22 Jahren zu verzeichnen habe. Gründe dafür seien die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die EU-Beitrittsstaaten Rumänien und Bulgarien, die wirtschaftliche Misere in Südeuropa und eine wachsende Zahl von Flüchtlingen. Die Flüchtlingswelle des Sommers 2015 war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht absehbar.

Gegenwärtig leben – die neu angekommenen Flüchtlinge nicht eingerechnet – etwa 7,5 Millionen ausländische Staatsangehörige und insgesamt 16,5 Millionen Personen »mit Migrationshintergrund« in Deutschland.¹² Zwei Drittel davon sind zugewandert, ein Drittel ist bereits in Deutschland geboren, mehr als 56 Prozent haben mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Die größte Gruppe bilden Personen türkischer Herkunft (über 18 %), gefolgt von Per-

12 Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes zählen alle Ausländer, alle zugewanderten Personen sowie alle Personen mit mindestens einem ausländischen, zugewanderten oder eingebürgerten Elternteil zu den »Personen mit Migrationshintergrund«.

sonen polnischer Herkunft (9,5 %). Die allermeisten Menschen mit Migrationshintergrund leben nach wie vor in den »alten Bundesländern«; sie sind im Durchschnitt 35,5 Jahre alt und damit deutlich jünger als die autochthone deutsche Bevölkerung (46,4 Jahre).¹³

Die schrumpfende deutsche Gesellschaft braucht junge Einwanderer, darin sind sich fast alle Ökonomen einig. Denn schon demnächst werden die sogenannten *Babyboomer* (zwischen 1946 und 1964 Geborene) in Rente gehen – ohne selbst für ausreichend Nachwuchs gesorgt zu haben –, und das umlagefinanzierte Rentensystem müsse aufrechterhalten werden. »Mit Einwanderung sichern wir in unserem Land dauerhaft Wachstum und Wohlstand angesichts unserer kritischen demographischen Entwicklung«, erklärt etwa der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo. Auch die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), spricht sich für mehr Zuwanderung aus: »Wir müssen noch mehr darum werben, dass aus aller Welt Menschen überlegen, auch nach Deutschland zu kommen.«¹⁴

»Qualifizierte Zuwanderung« heißt das neue Zauberwort. In seinem Artikel »Der Preis der Einwanderung« betont Christoph Schäfer (2015), dass Deutschland, angesichts von Pegida-Demonstranten, CSU-Überlegungen, die Ausländer per Leitantrag dazu zu bringen, »in der Familie deutsch zu sprechen«, und neuen Debatten über ein Einwanderungsgesetz, in erster Linie möglichst qualifizierte Zuwanderung bräuchte, denn immer noch würden gut Qualifizierte einen großen Bogen um Deutschland machen.

Auch der Ökonom Hans-Werner Sinn beklagt in einem Beitrag für die *F.A.Z.*, dass der deutsche Sozialstaat wie ein Magnet für Geringqualifizierte wirke, während er Hochqualifizierte abschrecke: »So wie die Migration derzeit läuft, läuft sie falsch, weil die Struktur der Migranten durch die künstlichen Anreize des Sozialstaats verzerrt wird« (Sinn 2015). Und Schäfers Kollege Tillmann Neuscheler

13 Diese und weitere Zahlen stammen aus dem 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (2014).

14 »Höchste Zuzugsrate in Deutschland seit 1992«, *F.A.Z.* 21.1.2015.

fragt angesichts des »Migrationssturms« (Hans-Werner Sinn) – und das zu Beginn des Jahres 2015! – »Was hat Deutschland von der Einwanderung?« (Neuscheler 2015). Sind die Zuwanderer – nüchtern betrachtet – also ein finanzieller Gewinn oder eine Belastung für Deutschland?

Der Mannheimer Ökonom Holger Bonin hat die finanziellen Folgen der Einwanderung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung analysiert. Bonin kommt zu dem Schluss, dass die in Deutschland lebenden Ausländer im Jahr 2012 deutlich mehr Steuern und Sozialbeiträge gezahlt, als sie aus den öffentlichen Kassen erhalten hätten – und das, obwohl Ausländer im Schnitt öfter Arbeitslosengeld und andere Sozialtransfers in Anspruch nehmen als Deutsche. Durch »unvollständige Integration«, so der Autor, entgingen dem Staat jedoch erhebliche Einnahmen. Und rechne man alle Staatsausgaben zusammen, so falle pro Kopf und auf das ganze Leben gerechnet pro Ausländer ein vielfach höheres Defizit an als auf die deutsche Wohnbevölkerung (Bonin o. J.).

Gegner und Befürworter argumentieren allerdings gerne mit unterschiedlichen Zahlen. Sinn etwa beklagt den niedrigen Bildungsstand der Migranten und verweist auf eine OECD-Studie, der zufolge nur ein Fünftel der in Deutschland lebenden Einwanderer einen Hochschulabschluss habe, während es in den Vereinigten Staaten ein Drittel und in Kanada und Großbritannien sogar die Hälfte sei. Nach Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hingegen habe sich die Akademikerquote unter den Neuzuwanderern stark verbessert, und zwar auf 39 Prozent im Jahr 2013 gegenüber 23 Prozent im Jahr 2000. Außerdem, so die Sicht der Arbeitsmarktforscher, sorge das zusätzliche Angebot auf dem Arbeitsmarkt in vielen Branchen für niedrigere Löhne und damit auch für billigere Endprodukte, wovon wiederum alle Konsumenten profitierten. Auch das müsse in den volkswirtschaftlichen Erwägungen über Kosten und Nutzen der Migration berücksichtigt werden.

Die Debatte um die hohen Qualifikationen, die dem Einwanderungsland Deutschland »gut täten«, verdeckt allerdings, dass erstens der Anteil der »autochthonen« Deutschen mit Hochschulabschluss

auch bei bloß 13 Prozent liegt, es zweitens durchaus einen hohen Bedarf an geringer Qualifizierten gibt¹⁵ und dass – drittens und vor allem!! – der *Braindrain* gut ausgebildeter Menschen aus weniger entwickelten Ländern auf Dauer weder moralisch noch ökonomisch vertretbar oder gar sinnvoll ist.

Der pragmatisch-utilitaristische Grundton der deutschen Debatte – auf fremdenfeindliche Rülpser und krude Theorien à la Thilo Sarrazin braucht hier nicht weiter eingegangen zu werden – verdeckt überdies die nur partiell geglückte gesellschaftliche Integration der bereits im Land aufhältigen Zuwanderer und ihrer Nachkommen.

Denn die sozialen Defizite sind groß: So etwa liegt die Armutgefährdungsquote bei Personen mit Migrationshintergrund mit 26,8 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund (12,3 %). Bedenklich daran ist die Tatsache, dass der Bildungsstand kaum Auswirkungen auf die Armutgefährdung hat. Sie bleibt bei Personen mit Migrationshintergrund auch dann noch hoch, wenn sie ein Abitur erworben haben (20,1 % gegenüber 8,9 %).

36 von 100 Kinder im Alter zwischen drei und fünf Jahren weisen einen Migrationshintergrund auf. Die Betreuungsquoten liegen bei Kindern (unter drei Jahren) mit Migrationshintergrund mit 17,1 Prozent immer noch deutlich unter denen von Kindern ohne Migrationshintergrund (34,6 %). An den Hauptschulen sind ausländische Schüler weiterhin überrepräsentiert (27,5 % gegenüber 10,6 %), an den Gymnasien hingegen stark unterrepräsentiert (24,5 % gegenüber 48,9 %). Und während 44,3 Prozent aller deutschen Schüler die allgemeine Hochschulreife erlangen, sind es unter den ausländischen Schulabsolventen nur 16,2 Prozent. Immer noch verlassen 11,6 Prozent aller ausländischen Schüler die Schule ohne einen Hauptschulabschluss (gegenüber 5,4 %), der Anteil der jungen Ausländer ohne Berufsabschluss ist mit 30,5 Prozent sogar fast dreimal so hoch wie

15 Schlechter bezahlte Jobs werden von Einheimischen oft gar nicht erst angenommen, außerdem ist der (staatlich geförderte!) Niedriglohnsektor als Entgegenkommen an Teile der Wirtschaft auch politisch gewollt.

der von jungen Erwachsenen mit deutscher Staatsangehörigkeit (10,9 %).

Auch in der Einkommensstruktur, der Verteilung der Arbeitszeit, der Beschäftigungsart und beim beruflichen Status bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Erstere erreichen nach wie vor nicht das Beteiligungs niveau der autochthonen Durchschnittsdeutschen. So ist auch die Arbeitslosenquote bei Ausländern mehr als doppelt so hoch als bei Deutschen (14,4 % gegenüber 6,2 % im Jahresdurchschnitt 2013).

Zusammenfassend müssen wir feststellen, dass »ein breit gefächerter sozialer Aufstieg (...) in der Gruppe der ›Gastarbeiter‹ und ihrer Nachkommen nicht stattgefunden« hat (Sommer 2010: 275). Viel zu vielen Eingewanderten blieb der soziale Aufstieg verwehrt, obwohl gerade sie ganz maßgeblich jenen gesellschaftlichen Reichtum erarbeiteten, der Hunderttausenden von deutschen Arbeiterkindern den Aufstieg in die Mittelschicht erlaubte.

Auch eine Studie der OECD aus dem Jahr 2008 bestätigt die geringen Aufstiegschancen der Migranten in Deutschland. Nur in wenigen Ländern der EU-27 verfügten die im Ausland geborenen Personen über ein schlechteres Qualifikationsniveau. Nicht einmal 20 Prozent hätten einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, lediglich in Österreich und Italien seien es noch weniger. »Wer also die Einwanderungspolitik für wirtschaftspolitische Zielsetzungen wie den Ausgleich von Zahlungsbilanzen instrumentalisieren will, sollte bedenken, dass die Folgen einer solchen Politik sich auch dann noch entfalten, wenn das zugrunde liegende ökonomische Problem längst vergessen ist« (Höhne et al. 2014: 24).

»Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz«

Eine Studie von Soziologen der Universität Hohenheim im Auftrag der Identity Foundation zeigt, dass etwa 60 Prozent der Deutschen stolz auf ihr Heimatland sind. Die typisch »deutschen Tugenden«, die die Befragten sich selbst zuschreiben, sind die altbekannten

»deutschen Tugenden«: Pflichtbewusstsein und Leistungsorientierung, Liebe zu Regeln und Ordnung, Heimat und Brauchtum (siehe Identity Foundation 2009).

25 Jahre nach dem Mauerfall ist Deutschland zusammengewachsen. Dieses Fazit zieht die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Iris Gleicke anhand der Studie *Deutschland 2014 – 25 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit*. Dies zeige sich vor allem an der außerordentlich hohen allgemeinen Lebenszufriedenheit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Bemerkenswert sei außerdem, dass eine große Mehrheit der Deutschen die Wiedervereinigung für sich persönlich als vorteilhaft erlebt hätte. Unterschiede gäbe es dennoch: Die Frage, ob man sich in der Bundesrepublik »politisch zu Hause« fühle, würde von drei Viertel der Westdeutschen, aber nur von knapp der Hälfte der Ostdeutschen bejaht. Zu denken geben müssen laut Gleicke auch die Ergebnisse zum sogenannten Institutionenvertrauen – etwa in die Bundesregierung –, das im Osten noch niedriger als im Westen sei (Zentrum für Sozialforschung Halle 2015).

In den Feuilletons der großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen flammt die Debatte um die Frage, wie es um die »deutsche Identität« bestellt sei, immer wieder auf – und wird zum Teil sehr kontrovers geführt. »Auf die Frage ›Was ist deutsch?‹ gibt es keine vernünftige Antwort. Nur Stürme von Erinnerungen, Emotionen und Narrativen«, meint etwa Georg Seeßlen in der *taz* vom 28.10.2015 und resümiert: »Die Frage ist daher brandgefährlich, weil sie sich stets umzudrehen droht: Warum muss etwas überhaupt deutsch sein?« (Seeßlen 2015).

Laut einer Umfrage des BBC World Service von 2013 ist Deutschland das beliebteste Land der Welt. Unerhört! Gerade Deutschland, das im »kurzen 20. Jahrhundert« (Berend und Hobsbawm)¹⁶ nicht nur Europa zweimal an den Rand des Abgrunds geführt hat, das

16 Der Begriff wird vom ungarischen Historiker Iván T. Berend geprägt und von Eric Hobsbawm in Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts 1995 popularisiert.

»immer ein Land der Extreme und Exzesse gewesen« ist, in dem der Ausnahmezustand der Normalzustand war, soll plötzlich *everybody's darling* sein? Der Publizist Christian Schüle vertritt die Meinung, dass Deutschland etwas geworden sei, was es noch niemals war, nämlich »eine Sympathie-, Wirtschafts- und Fußball-Großmacht, deren Gütekasse in der Freiheit begründet liegt«, und dass in diesem Deutschland in den letzten Jahren »ein sanfter, vorsichtiger, fettfreier Patriotismus« entstanden sei, der auf Pragmatismus, Protestantismus und einer geschäftsmäßigen Form der Uneitelkeit fußt. »Normalität der Ernüchterung« nennt Schüle das. »Angemessen selbstbewusst. Mit pragmatischem Augenmaß, mit Respekt und protestantischer Vernunft. Und mit erhobenem Haupt« (Schüle 2014).

Dass zu viel Pragmatismus allerdings auch imageschädigend sein kann, zeigt der Umgang der deutschen Regierung mit der europäischen Finanzkrise, der das positive Deutschlandbild wieder gehörig ins Wanken brachte. Geld als Kern des deutschen Patriotismus und als Primat der deutschen Politik, das sei doch zu wenig, warnt die Redakteurin des *Tagesspiegel*, Anna Sauerbrey: »Das Problem ist (...) weniger, dass die anderen uns nicht mögen, sondern, dass es dem Geldpatrioten auch schwerfällt, sich selbst zu lieben. Der Patriotismus des Geldes reicht für Selbstrespekt. Für Selbstliebe aber braucht es mehr: Ideale« (Sauerbrey 2015).

Nach Günter Grass sei Deutschland »immer dann eine Gefahr für seine Nachbarn gewesen (...), wenn es sich seiner selbst nicht gewiss war.« Diese beinahe schon banale Wahrheit gilt natürlich nicht nur für Deutschland. Überall dort, wo die Menschen ihrer selbst »nicht gewiss sind«, wo Angst geschürt wird und Unsicherheit herrscht, wo man dem Fremden mit Misstrauen und Ablehnung begegnet, feiern Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und religiöse Fundamentalisten Erfolge (Schröder o. J.).

Deutschland, so die Außensicht, scheint heute eines der wenigen europäischen Länder zu sein, dass sich den Abgründen seiner eigenen Geschichte gestellt, mit ihnen zu leben gelernt und daraus die richtigen Lehren für die Zukunft gezogen hat. Der frühere Präsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse sieht gerade in der gro-

ßen Last der historischen Schuld die Quelle eines neuen deutschen Selbstbewusstseins: »Ich glaube, dass wir ein normaleres, gewöhnlicheres europäisches Volk geworden sind. Ein Volk, das eine große geschichtliche Last, die der Nazi-Verbrechen, mit sich schleppt; das aber zugleich erlebt, dass es ringsum von den anderen europäischen Völkern anerkannt wird. Deshalb gewinnen wir aus dieser geschichtlichen Leistung, die nicht nur wirtschaftlicher Art ist, auch Selbstbewusstsein. Das ist neu« (Zentrum für Sozialforschung Halle 2015).

Als *Zeit*-Herausgeber Theo Sommer Helmut Schmidt einmal fragte, »Gab es denn in Ihrem persönlichen Leben Orte, an denen Sie gespürt haben, dass Sie Deutscher sind?«, lautete dessen lapidare Antwort: »Nein, außer in Auschwitz keine!« (zit. nach Frühschütz o. J.). Und auch Joachim Gauck betonte am 70. Jahrestag der Auschwitz-Befreiung: »Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.« West-, aber auch Ostdeutschland hätten es nach 1945 viel zu lange verabsäumt, sich ihrer Verantwortung zu stellen, im Westen, indem man die Schuld einer kleinen Zahl von Verbrechern zuschob, im Osten durch den staatlich verordneten Antifaschismus, der die Menschen pauschal von der Verantwortung für die Nazi-Verbrechen freisprach. Und: »Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.« Ein Appell, der sich eindeutig an die »Neudeutschen« richtet, in deren Herkunftskulturen mitunter ja ein radikaler Antisemitismus zum »guten Ton« gehört.¹⁷

Kollektive »Identität«, das ist, wie eingangs betont, kein unabänderlicher Fixbestand. So wie »Demokratie« existiert auch sie nur im Prozess eines nicht endenden Ausgetauschens durch eben jene, die diesem Kollektiv angehören. »Die Existenz einer Nation ist (...) ein Plebisitz, das sich jeden Tag wiederholt«, wusste bereits der französische Historiker Ernest Renan (1995: 57). Daher, so David Lauer von der Freien Universität Berlin, sei »das Lebenselixier dieses Prozesses der Konflikt, der gesellschaftliche Streit darüber, wer wir sind.« An diesem Prozess, bei diesem Streit, sollten und müssten auch die Zuwanderer aktiv teilnehmen. »Es ist deshalb widersinnig,

17 »Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz«, *Die Welt* 27.1.2015.

einen normativen Minimalkonsens über ›unsere‹ Identität herstellen zu wollen, um ihn den zu uns Geflüchteten als Angebot – *take it or leave it* – zu unterbreiten« (Lauer 2015).

Schwierig und problematisch wird es allerdings dann, wenn einem Mangel an Identität mit einem Zuviel begegnet wird – und zwar von beiden Seiten. Denn Identität bedeutet auch Kontinuität. Und diese ist in Zeiten der neoliberalen Forderungen nach Flexibilisierung und Dynamisierung zu einem Auslaufmodell geworden. Individuen und Kollektive stehen heute unter enormem Stress, weil sich alte und vertraute Bindungen – eben auch Identitäten – ganz nebenbei einfach auflösen. »Offenkundig scheint ein Mangel an realer Identität zu einem gesteigerten Verlangen nach fiktiver Identität zu führen: nationalistische, rassistische Phantasmen auf der einen Seite, Pop-Kulte auf der anderen«, so Georg Seeßlen in der *taz*. Und zu »Identitätsneid« auf diejenigen, die ihre (reale oder konstruierte?) Identität so ostentativ vor sich hertragen (Seeßlen 2014).

Ein selbstbewusstes Deutschland, so der aus Palästina stammende Berliner SPD-Politiker Raed Saleh, »braucht (...) sich nur auf sich selbst zu besinnen«. Gerade in der Integrationsfrage, die wahrscheinlich *die* zentrale Frage für die Zukunftsfähigkeit des Landes sei, bedürfe es einer starken nationalen Identität. »Deshalb müssen wir gerade den Migranten eine positive Identität anbieten. Denn wenn wir selbst unser Land nicht mögen, warum sollen es dann gerade die Migranten tun?« (Saleh 2015).

Österreich



Ein Staat, der an einem Sprachfehler zugrunde gegangen ist ...¹⁸

Die Bezeichnung *Ostarrichi* taucht zum ersten Mal in einer Schenkungsurkunde aus dem Jahr 996 auf. In dem Dokument werden Gebiete »in der im Volksmund Ostarrichi genannten Region« (*regione vulgari vocabulo Ostarrichi*) erwähnt, womit die Gegend um Neuhofen an der Ybbs (*in loco Niuanhova dicto*) im westlichen Niederösterreich gemeint ist.¹⁹ Seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts bezeichnet »Haus Österreich« (*domus Austriae*) sowohl die Territorien der Habsburgermonarchie als auch die Dynastie selbst; der Name »Österreich« alleine bezieht sich ausschließlich auf die habsburgischen Kernländer im heutigen Nieder- und Oberösterreich.

1804, zwei Jahre vor dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, führt dessen letzter Kaiser, der Habsburger Franz II., die erbliche Kaiserwürde in Österreich ein und nennt sich künftig Franz I. von Österreich. Der austro-französische Historiker Felix Kreissler (1984) sieht darin die eigentliche Geburtsstunde der

18 »Seit Bestehen der Erde ist noch kein Wesen an einem Sprachfehler gestorben, aber man muß wohl hinzufügen, der österreichischen und ungarischen österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie widerfuhr es trotzdem, daß sie an ihrer Unaussprechlichkeit zugrunde gegangen ist« (Musil 1930).

19 Das Dokument macht nach 1945 Karriere. 1946 richtet der wiederbegründete Staat 950-Jahrfeiern aus, mit dem Ziel, das österreichische Nationalbewusstsein zu stärken. Und 1996 feiert Österreich seine erste urkundliche Erwähnung unter dem Motto »Tausend Jahre Österreich«.

österreichischen Nation. Im neuen Kaiserreich herrscht allerdings Unklarheit darüber, was unter »Österreich« zu verstehen sei.²⁰ 1867, nach dem Ausgleich mit Ungarn, wird Österreich zur »Österreichisch-Ungarischen Monarchie«. Diese setzt sich aus zwei Staaten zusammen – den »im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern«, inoffiziell *Cisleithanien* (nach dem damaligen Grenzfluss, der Leitha) oder einfach »Österreich« genannt (ab 1915 auch amtlich »österreichische Länder«), und den »Ländern der heiligen ungarischen Stephanskronen«, inoffiziell *Transleithanien*.

Der Ausgleich mit Ungarn und das Erstarken des Nationalismus im späten 19. Jahrhundert verschärfen die Gegensätze zwischen den verschiedenen Sprach- und Volksgruppen im Vielvölkerstaat und vereiteln die Entwicklung einer genuin österreichischen Identität. Die deutschsprachigen Österreicher finden sich in einer höchst komplexen und widerspruchsvollen Situation wieder. Sie gehören nicht (mehr) zum Deutschen Reich und sind dennoch die dominante Sprachgruppe eines von vielen als »Völkerkerker« empfundenen Staates. Die Antwort darauf ist ein deutsch-österreichisches Nationalbewusstsein, das sowohl durch eine emotionale Bindung an die Habsburgerdynastie als auch durch eine sprachlich-kulturelle Orientierung am Deutschtum gekennzeichnet ist. »Kakanischer« Staatsnationalismus und deutscher Sprachnationalismus verbinden sich somit auf verwirrendste Weise, und »deutsch« wird für viele österreichische Intellektuelle zu einem Synonym für »modern« und »effizient«.

Friedrich Heer, einer der besten Kenner der österreichischen Geschichte, bemerkt dazu sehr treffend: »Es gibt kein geschichtliches Gebilde in Europa, dessen Existenz so sehr mit den Identitätsproblemen seiner Mitglieder verbunden ist wie Österreich.« Die österreichische Identität »lebt im 19. und 20. Jahrhundert – bis 1945 – in

20 Während der Kremsier Verfassungsentwurf von 1848 die Länder der ungarischen Krone sowie Lombardo-Venetien nicht mit einschließt, werden bei der Oktroyierten Verfassung von 1849 und dem Silvesterpatent von 1851 sämtliche Kronländer zum *Kaiserthum Oesterreich* gezählt. Siehe Verfassungen Österreichs: Kremsier Entwurf und Oktroyierte Märzverfassung.

ständigen Identitätskrisen – sie *lebt* in diesen Krisen, fast ständig bedroht von Identitätsverlust; der Österreicher (...) als der >Gespaltene< (...), als sein eigener Widerpart und bitterböser Feind« (Heer 1981: 9, 17).

////////// Schmelztiegel wider Willen

Aufgrund seiner geographischen Lage und seiner Geschichte blickt das heutige Österreich, und hier besonders der Großraum Wien, auf eine lange Tradition der Zuwanderung zurück. Bereits um die Mitte des 16. Jahrhunderts vergleicht der Dichter Wolfgang Schmeltzl Wien wegen seines Sprachengewirrs mit dem biblischen Babel.²¹ Im 18. Jahrhundert ist die Stadt weiterhin ein attraktives Ziel beruflicher Migration, was dazu führt, dass ein bedeutender Teil der damals in Wien tätigen Handwerker aus dem süddeutschen Raum, aber auch aus der Schweiz und Norditalien stammt.

Nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation verändern sich die Wanderströme. Böhmen und Mähren, aber auch Galizien und die Bukowina avancieren zu den wichtigsten Herkunftsgebieten der neuen Migranten und Wien wird zu einem ostmitteleuropäischen Schmelztiegel, dessen Bevölkerung rasant wächst. Beträgt die Einwohnerzahl Wiens und seiner damaligen Vorstädte und Vororte – umgelegt auf den heutigen Gebietsstand – Ende des 18. Jahrhunderts nur etwa 230.000 Menschen, so sind es 1850 bereits 550.000, 1870 über 900.000 und 1890 1,4 Millionen. Im Jahr 1916 erreicht die Stadt mit 2.239.000 Einwohnern ihren historischen Höchststand. Wien ist zu diesem Zeitpunkt auch eine der europäischen Städte mit der größten jüdischen Bevölkerung (etwa 180.000 Personen).

²¹ »Da wird gehört manch Sprach und Zung, Ich dacht ich wär gen Babl khumen [gekommen], Wo alle Sprach ein Anfang gnomen [genommen], Und hört ein selt-sams Dräsch und Gschrax [Geschrei] Von schönen Sprachen mancherlay. Hebreisch, Griechisch und Lateinisch, Deutsch, Frantzösisch, Türkisch, Spanisch, Behaimisch, Windisch, Italianisch, Hungarisch, guet Niederländisch, Naturlich Syrisch, Crabatisch, Rätzisch [Serbisch], Polnisch und Chaldeisch« (Schmeltzl 1548: Verse 329–339).

Schon damals benachteiligt das »Heimatrecht« die aus den übrigen Teilen der Monarchie zugewanderten Personen in ähnlicher Weise, wie die heutigen Ausländergesetze die Migranten diskriminieren. Zum Beispiel kann, wer in seiner Wohnsitzgemeinde nicht heimatberechtigt ist und der Armenfürsorge zur Last zu fallen droht, ohne Weiteres abgeschoben werden.

Unter dem christlichsozialen, antisemitischen und slawophoben Bürgermeister Karl Lueger (1897–1910) wird die Assimilation an die dominante deutschsprachige Kultur, bis hin zur völligen Verleugnung und Verdrängung der eigenen Herkunft, zum Leitbild der Zuwanderung nach Wien (John und Lichtblau 1992; Fassmann und Münz 1995). Die brutale und zum Teil sogar existenzbedrohende Assimilierungspolitik betrifft vor allem die mit Abstand größte Gruppe der Zuwanderer, die hunderttausenden Tschechen (und Slowaken), die zum Teil unter menschenunwürdigen Bedingungen leben und arbeiten müssen und als »Ziegelböhmnen« in die Geschichte eingehen werden.²²

Die Tatsache, dass unzählige Menschen einer einzigen Generation gezwungen sind, ihre slawische Herkunft vergessen zu machen und zu einer neuen »deutsch-österreichischen« Identität zu finden, bewirkt mit Sicherheit »einen gewaltigen Schub allgemeiner Neurotisierung in ganz Österreich« (Pelinka 1985: 153) – und genau auf diesem Boden wächst im traditionellen Einwanderungsland Österreich bis heute die Fremdenfeindlichkeit (Bauböck 2001).

||||||| **Von »einem Staat, den keiner wollte«, zum »besseren deutschen Staat«**

Der nach dem Zusammenbruch der Monarchie im »Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutsch-

22 Neubürger werden durch Ablegung eines Eides auf die Gemeindestatuten verpflichtet, »den deutschen Charakter der Stadt« nach Kräften aufrechtzuerhalten. Siehe Glettler 1985: 27 f.

«österreich» festgeschriebene Anschlusswunsch der Österreicher wird von den Siegermächten umgehend durchkreuzt. Im Friedensvertrag von Saint-Germain legen die Alliierten die Republik Österreich als das fest, was nach dem Entstehen einer Reihe neuer Nationalstaaten aufgrund des »Selbstbestimmungsrechts der Nationen« von der Monarchie übrig bleibt.²³

Nahezu alle politischen Akteure sind sich in der Ablehnung des Friedenvertrages und der Überzeugung einig, dass dieser Kleinstaat nicht überlebensfähig sei. Die Sehnsucht nach einer Vereinigung mit dem Deutschen Reich zieht sich als ein zentrales Element durch die gesamte Erste Republik und kommt einer kollektiven Selbstaufgabe gleich. »Der Name Österreich stand (...) für den Untergang der Habsburger Monarchie, für die von außen aufgezwungene Kleinstaatlichkeit, die totale Kapitulation, territorialen Verzicht und erhebliche Einschränkungen« (Fröhlich-Steffen 2003: 44).

Uneingeschränkte Befürworter eines Anschlusses an ein demokratisches Deutschland sind die Sozialdemokraten, deren Parteivorsitzender Otto Bauer meint, das Ziel der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft sei nur gemeinsam mit der mächtigen deutschen Arbeiterbewegung in einem größeren Deutschland möglich, denn in einem »Zwergenstaat« könne der Sozialismus nicht gedeihen (Bauer 1919: 4).

Die Position der Christlichsozialen ist doppelbödiger. Einerseits halten sie am deutschnationalen Nationsverständnis fest, andererseits betrachten sie sich als »Vertreter der heimatbewussten Wähler« und propagieren einen Österreich-Patriotismus, der an die landschaftliche Schönheit und die große kulturelle Vergangenheit – Haydn, Mozart, Schubert – anknüpft und in der Betonung der katholischen Identität des Landes eine Abgrenzung zum protestantisch geprägten deutschen Staat sucht.

Nach der Ausschaltung des Parlaments durch den christlich-sozialen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß im Jahr 1933 und der Er-

23 »Et ce qui reste, c'est l'Autriche«, meinte der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau 1919 auf der Friedenskonferenz von Saint-Germain.

richtung eines autoritären Regimes im Jahr darauf wird der Name des Staates in der neuen ständestaatlichen Verfassung in »Bundesstaat Österreich« geändert. In der Präambel heißt es: »Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung« (Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 1. Mai 1934).

Das Konzept einer »österreichischen Nation« wird von der austrofaschistischen Führung gegen den aufkommenden Nationalsozialismus instrumentalisiert. Die Regierungspropaganda spricht sogar von Österreich als dem »besseren deutschen Staat«. Die Ansicht, Österreich sei ein deutscher Staat und seine Einwohner seien Deutsche, hält sich bis zuletzt. In seiner Radioansprache vom 11. März 1938, kurz vor dem Einmarsch deutscher Truppen, verkündet Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, das Bundesheer nicht einsetzen zu wollen, um kein »deutsches Blut zu vergießen«. Und er schließt mit den Worten: »So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volke mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Österreich!« (siehe Österreichische Mediathek).

Interessanterweise wird die Idee einer eigenständigen »österreichischen Nation« vor 1945 in erster Linie von Teilen der Kommunistischen Partei vertreten. Der 1944 in Warschau ermordete österreichische Staatswissenschaftler Alfred Klahr befasst sich 1937 in einer Artikelserie mit der Frage nach der wissenschaftlichen Begründbarkeit der österreichischen Nation: »Die Auffassung, daß das österreichische Volk ein Teil der deutschen Nation ist, ist theoretisch unbegründet. Eine Einheit der deutschen Nation, in der auch die Österreicher miteinbezogen sind, hat es bisher nie gegeben und gibt es auch heute nicht. Das österreichische Volk hat unter anderen wirtschaftlichen und politischen Lebensbedingungen gelebt als die übrigen Deutschen im Reich und daher eine andere nationale Entwicklung genommen. Wie weit bei ihm der Prozeß der Herausbildung zu einer besonderen Nation fortgeschritten ist bzw. wie eng noch die nationalen Bindungen aus der gemeinsamen Abstammung und gemeinsamen Sprache sind, kann nur eine konkrete Untersuchung

seiner Geschichte ergeben« (Klahr 1937). Ein erster ernst zu nehmender Ansatz für die spätere Entwicklung eines österreichischen Nationalbewusstseins.

////////// Das erste Opfer

1938, nach dem erzwungenen Anschluss an das Dritte Reich, wird Österreich in sieben Reichsgaue (anstelle der neun Bundesländer) aufgeteilt; »Nieder-« und »Oberösterreich« werden in »Nieder-« und »Oberdonau« umbenannt, bald darauf die Bezeichnung »Ostmark« eingeführt. »Das Land Österreich wird in absehbarer Zeit nicht mehr bestehen. Damit verschwindet aus dem staatlichen und politischen Bereich ein Begriff tausendjährigen Bestandes. Die Geschichte hat es so gefügt. Der Preuße hat durch den Einsatz seines Staates, der Österreicher durch die Aufgabe seines Staates Großdeutschland schaffen geholfen ...« verkündet der *Völkische Beobachter* am 3. August 1938 (zit. nach Kreissler 1984: 107). 1942 verschwindet auch die Ostmark; das Land wird fortan auf die »Alpen- und Donau-Reichsgaue« reduziert.

Für Felix Kreissler stellt dieser Versuch einer kompletten Auslöschung den Ausgangspunkt für eine beschleunigte nationale Bewusstwerdung der Österreicher dar (vgl. ebd.: 539). Schon bald sind vielerorts Frustrationsscheinungen über das arrogante und selbstherrliche Auftreten der »Altreichsdeutschen« gegenüber den »Ostmarkern« zu beobachten – besonders in Wien. So etwa kommt es anlässlich von Fußballspielen Wiener Mannschaften – interessanterweise beide Male gegen Schalke 04! – im Herbst 1940 und im Frühjahr 1941 zu größeren emotionalen Ausbrüchen beim heimischen Publikum. Und bei einer Burgtheateraufführung von Franz Grillparzers *König Ottokars Glück und Ende* Anfang 1940 beginnen die Zuseher bei König Rudolfs Schwur »Daß Recht soll herrschen und Gerechtigkeit / Im deutschen Land ...« spontan zu applaudieren.

Tatsache ist allerdings auch, dass überproportional viele Österreicher in die Verbrechen des Nationalsozialismus involviert sind – offenbar aus dem Bestreben heraus, österreichisches Deutschum

auch praktisch unter Beweis zu stellen. »Erleichtert« wird dieses Verhalten zweifellos durch den in Österreich besonders stark verwurzelten Antisemitismus.

Das Jahr 1943 markiert gewissermaßen einen Wendepunkt. Die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943, in der die Alliierten erklären, dass »die Besetzung Österreichs durch Deutschland (...) null und nichtig«, Österreich vielmehr als »erstes Opfer« Hitlerdeutschlands anzusehen und ein freies und unabhängiges Österreich wiederherzustellen sei, wird den Österreichern jahrzehntelang die Absolution von der Mitschuld an den Verbrechen des Dritten Reichs erteilen. Der spätere SPÖ-Vorsitzende Adolf Schärf bringt diese Trendwende bereits im Frühjahr 1943 auf den Punkt: »Der Anschluß ist tot. Die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden« (Schärf, zit. nach Kreissler 1984: 240).

////////// Transitland mit Tradition

In Österreich leben nach Ende des Zweiten Weltkriegs etwa 1,4 Millionen Ausländer, darunter mehr als eine halbe Million *displaced persons*, d. h. Vertriebene und Kriegsflüchtlinge, befreite KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, jüdische Flüchtlinge, ehemalige Kriegsgefangene und Angehörige von Verbündeten der deutschen Armee, die zum größten Teil in die USA, nach Kanada oder Australien verschickt oder aber zwangswise repatriert werden. Dazu kommen mehr als 300.000 »Volksdeutsche« aus Mittel- und Osteuropa.

Österreich wird zu einem der wichtigsten Transitländer für ost-europäische Flüchtlinge. Zwischen 1945 und 1990 gelangen rund 650.000 Menschen über Österreich in den Westen. Flüchtlingspolitik und der Anspruch, ein Asylland zu sein, werden zu Grundprinzipien des österreichischen Selbstverständnisses erhoben – wobei festzuhalten ist, dass die Asyl- und Flüchtlingspolitik immer auch ein »interessensgeleitetes Feld symbolischer Politik und ein Mittel legitimatorischer Identitätsstiftung« ist (Volf 1995: 415–435; Šunjic und Volf 1995).

In den folgenden Jahrzehnten wird Österreich aufgrund seiner geographischen Lage noch dreimal Zielland für politische Flüchtlinge aus Osteuropa. Nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes kommen 1956/57 mehr als 180.000 ungarische Flüchtlinge ins Land. Für den Großteil von ihnen bleibt Österreich in erster Linie ein Transitland; nur etwa 20.000 lassen sich dauerhaft nieder. Nach der gewaltsamen Beendigung des »Prager Frühlings« im Sommer 1968 fliehen etwa 162.000 Tschechen und Slowaken über die nahe Grenze. Ein großer Teil kehrt später in die Heimat zurück, die übrigen wandern in andere Staaten aus, etwa 12.000 tschechoslowakische Staatsbürger bleiben dauerhaft in Österreich. Und nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen und der Unterdrückung der *Solidarnosc*-Bewegung in den Jahren 1981 und 1982 wandern mehr als 120.000 Polen aus; der Großteil nutzt Österreich ebenfalls nur als Korridor, um von hier in die USA, nach Kanada oder Australien zu gelangen. Die Integration der in Österreich verbleibenden Flüchtlinge verläuft wegen ihrer geringen Zahl und kulturellen Nähe weitgehend problemlos.

Erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang noch etwa 300.000 Juden aus der Sowjetunion und Osteuropa, die zwischen 1968 und 1986 über Österreich vornehmlich nach Israel und in die USA auswandern (vgl. Volf 1995).

||||| »Eine Insel der Seligen«

Die österreichische Identität bildet sich nach 1945 vor allem in Abgrenzung zur deutschen Nation heraus. Österreich, das »erste Opfer des Nationalsozialismus«, ist wie ein Phönix aus der Asche wiederentstanden, vergessen sind die Phantomschmerzen der Ersten Republik. Einer der skurrilsten Auswüchse der österreichischen Abgrenzungsbestrebungen von allem Deutschen ist eine Maßnahme des damaligen Unterrichtsministers Felix Hurdes, der den Schulgegenstand »Deutsch« kurzerhand in »Unterrichtssprache« umbenennen lässt, was von den üblichen Kritikern und Spöttern mit der Bezeichnung »Hurdestianisch« quittiert wird.

Das Staatsvertragsjahr 1955 liefert endlich auch das nationsstiftende Ereignis: »Österreich ist frei!« Bundeskanzler Leopold Figl spricht diesen berühmten Satz zwar im Marmorsaal des Belvedere, die *Austria Wochenschau* unterlegt ihn allerdings den Bildern, die Figl auf dem Balkon des Palastes bei der Präsentation des Vertrages vor der jubelnden Menschenmenge zeigen, und so wird es im kollektiven Gedächtnis wohl für immer bleiben ...

Die dem Staatsvertrag zugrunde liegende Bedingung – die anfangs wenig geliebte »immerwährende Neutralität« – wird bald zur »Stammmessage der Österreicher der Zweiten Republik« (Bruckmüller 1996: 124). Die Österreicher sind gerne neutral, verstehen sie darunter doch den Schutz vor internationalen Konflikten sowie ihre Beliebtheit als Gastgeber und Vermittler – und billiger kommt die Neutralität obendrein ...

Bei der Verbreitung des neuen Nationalbewusstseins spielen die Medien eine entscheidende Rolle. Die konstituierenden Elemente des Identitätskonstruktes »Österreich« werden in Filme und Fernsehprogramme verpackt, die die Naturschönheiten des Landes, die kulturellen Leistungen der Vergangenheit und die sportlichen Erfolge der kleinen Nation preisen. Besonders wichtig (und erfolgreich) ist dabei der österreichische (Heimat-)Film, der sich durch einen nostalgisch unkritischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit – Kaiser Franz Joseph, Erzherzog Johann und Sisi bevölkern nicht zufällig viele erfolgreiche Filme – und in einer Verklärung der österreichischen Mentalität auszeichnet – man denke nur an den liebenswerten »Grantler« Hans Moser. Operettenhafte Harmlosigkeit statt schmerzhafter Vergangenheitsbewältigung. Paradigmatisch dafür ist der 1952 gedrehte Spielfilm *1. April 2000*, in dessen Phantasieszenario Österreich nach 55 Jahren (!) alliierter Besatzung erst seine Eignung als Mitglied der Weltgesellschaft beweisen muss, andernfalls dem Land die Umwandlung zum historischen Themenpark (!) droht. Das im Auftrag der Bundesregierung verfasste Drehbuch findet in der österreichischen Geschichte jedoch jede Menge Vor- und Herzeigbares, sodass Österreich das Anforderungsprofil erfüllt und sich endlich wieder zu den zivilisierten Mitgliedern der Weltgemeinschaft zählen darf (Kempf 2002).

Die Wiener Philharmoniker und die Salzburger Festspiele, die bald nach dem Krieg ihre Arbeit wiederaufnehmen, die feierliche Wiedereröffnung des Wiener Burgtheaters am 14. Oktober 1955 – erste Aufführung: Grillparzers *König Ottokars Glück und Ende* – und der Oper am 5. November 1955 – »vom Österreichischen Fernsehen übertragen und in der ganzen Welt zugleich als Lebenszeichen der neuerstandenen 2. Republik verstanden«²⁴ – werden zu Symbolen für die »künstlerische Größe der österreichischen Nation« und zum festen Bestandteil des österreichischen Nationalstolzes.

Als das Fessel-Institut 1956 eine erste Umfrage unter dem Titel »Nationalbewußtsein der Österreicher« durchführt, geben erst 49 Prozent der Befragten an, dass die Österreicher ein eigenes Volk seien, während sich noch 46 Prozent für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk entscheiden. Ab den späten 1960er-Jahren kann von einem stabilen österreichischen Nationalbewusstsein gesprochen werden. 1970 befürworten bereits 66 Prozent der Befragten, dass die Österreicher eine Nation seien, 1989 sind es 79 Prozent. Als für »die Liebe zu Österreich« wichtige Gründe werden die landschaftliche Schönheit, der politische und soziale Friede und die Neutralität angegeben. Österreich ist zu einer »Insel der Seligen« geworden.²⁵

////////// Von »Tschuschen« und anderen »Gastarbeitern«

In Österreich macht sich in den späten 1950er-Jahren ebenfalls ein Arbeitskräftemangel bemerkbar, der durch die Abwanderung einheimischer Arbeitskräfte nach Deutschland, in die Schweiz und nach Liechtenstein noch verstärkt wird. Die österreichische Bau- und Textilindustrie klagt über Arbeitskräftemangel und hohe Lohnforderungen. Grundlage für die systematische Anwerbung – und damit

24 Siehe Website der Wiener Staatsoper, www.wiener-staatsoper.at/Content.Node/home/opernhaus/geschichte/Allgemein.de.php.

25 Dieser Ausspruch von Papst Paul VI. aus dem Jahr 1971 bezieht sich vor allem darauf, dass Österreich ein Land ohne soziale Konflikte ist, das »seinen Klassenkampf am Verhandlungstisch führt«.

auch für die Einwanderung – ausländischer Arbeitskräfte nach Österreich ist das 1961 zwischen den damaligen Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer und des Gewerkschaftsbundes abgeschlossene »Raab-Olah-Abkommen«, das die Anwerbung von 47.000 »Fremdarbeitern« festlegt.

Geplante Anwerbeabkommen mit Griechenland und Italien kommen nicht zustande, ein erstes Abkommen mit Spanien (1962) bleibt erfolglos. Nach dem Assoziationsvertrag zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei im Jahr 1963 werden 1964 Anwerbeabkommen mit der Türkei, 1966 mit Jugoslawien geschlossen und sowohl in Istanbul als auch in Belgrad Anwerbestellen eingerichtet. Da das österreichische Lohnniveau unter jenem anderer Anwerbestaaten liegt, muss bei der Rekrutierung von Arbeitern vielfach auf weniger entwickelte Regionen und minderqualifizierte Arbeitskräfte ausgewichen werden.²⁶

Die Erteilung oder Ablehnung von Beschäftigungsbewilligungen orientiert sich stark an der Situation des staatlich organisierten österreichischen Arbeitsmarktes. Der politische Einfluss ist deshalb von Anfang an dominant. Auch in Österreich beruht das »Gastarbeiter«-System auf dem Prinzip der Rotation temporärer Arbeitskräfte; die Beschäftigungsdauer von Ausländern wird auf ein Jahr befristet, danach sollen die »Gastarbeiter« – zunächst in der großen Mehrzahl junge Männer – in ihre Heimatländer zurückkehren und bei Bedarf durch neue ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden. Dieses System »längerfristiger Saisonarbeiter« erweist sich jedoch bald als kontraproduktiv, da die neu eingestellten Arbeiter regelmäßig auch neu geschult werden müssen. Viele Unternehmer umgehen deshalb die offiziellen Anwerbestellen und knüpfen private Kontakte, viele »Gastarbeiter« reisen als »Touristen« ein und werden im Nachhinein legalisiert (Schmiderer 2008: 23 f.). Als Konsequenz dieser Politik wandern zwischen 1961 und 1974 etwa 265.000 Menschen nach Österreich.

26 Sehr geringe berufliche Qualifikationen und Bildungsferne sind kennzeichnend für die meisten Arbeitsmigranten der ersten Generation. Unter den Immigranten aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien haben mehr als 60 Prozent keinerlei Berufsausbildung erworben. Siehe Reinprecht 2006: 55 ff.

reich ein; 1971 liegt der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte bei 6,1 Prozent, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei 2,8 Prozent. 78,5 Prozent der »Gastarbeiter« sind jugoslawische Staatsbürger, 11,8 Prozent Türken (Biffl 1995, Tabellen 11 und 12). Das Verhältnis der meisten Österreicher zu den oftmals als »Tschuschen«²⁷ bezeichneten »Gastarbeitern« ist von distanzierter Geringschätzung, aber nicht von offener Feindseligkeit geprägt.

////////// »Schifoan is des leiwaundste ...«

Bei der Konstruktion der Österreich-Identität darf die Rolle des Sports nicht unerwähnt bleiben. Die Erfolge österreichischer Sportler, vor allem im Wintersport, aber auch im Fußball, im Tennis oder in der Formel 1, tragen ganz entscheidend zum Entstehen eines nationalen Wir-Gefühls und zur Hebung des empfindsamen kollektiven Selbstwertgefühls bei.

Besonders hervorzuheben ist der Skisport, der den Österreichern ein unbelastetes Stück Heimat zeigt – die winterliche Gebirgslandschaft als unschuldige Idylle – und der jungen Republik eine neue, scheinbar globale Bedeutung verleiht. Mit Toni Sailer, der bei den Olympischen Spielen 1956 in Cortina gleich drei Goldmedaillen einfährt, erhält Österreich seinen ersten Nachkriegshelden. Und als Karl Schranz 1972 von den Olympischen Spielen ausgeschlossen wird, gerät seine Rückkehr nach Wien zu einem Triumphzug, wie ihn die Stadt zuletzt 1938 erlebt hat ...

Ein sportliches Ereignis aber wird zum nationalen Mythos – der 3:2-Sieg gegen den »großen Bruder« Deutschland bei der Fußball-WM in Argentinien 1978. Das entscheidende Tor, das von einem »I wer' narrisch«-Schrei des Kommentators begleitet wird, gehört seitdem zum Nationalkanon und darf bei keinem großen Geschichtsrückblick fehlen.

27 Über die Herkunft des Wortes gibt es eine Reihe von Theorien, aber keine endgültige Gewissheit. Wahrscheinlich ist das Schimpfwort slawischen Ursprungs, wo bei eine Herleitung von türkischen *cavuş* (»Unteroffizier«) nicht ausgeschlossen werden kann.

////////// Österreich will kein Einwanderungsland sein

Auch in Österreich erreicht die Ausländerbeschäftigung 1973 ihren Höhepunkt. Nach dem Anwerbestopp geht sie um rund 40 Prozent zurück und sinkt bis zum Jahr 1984 auf einen historischen Tiefstand. Der Anwerbestopp und das neue Ausländerbeschäftigungsgesetz²⁸ haben allerdings einen für die heimische Politik völlig unerwarteten Nebeneffekt. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte geht zwar um 22,6 Prozent zurück, die ausländische Wohnbevölkerung verringert sich allerdings nur um 12,4 Prozent. So wie in Deutschland veranlassen der Anwerbestopp und die fehlende Rückkehroption viele »Gastarbeiter«, in Österreich zu bleiben und ihre Familien nachzuholen. Durch den Familiennachzug, der das Ende der »Gastarbeiterbeschäftigung« einläutet, wird die Rückwanderung weitgehend kompensiert und die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung bleibt nahezu konstant. Österreich wird unbeabsichtigt (wieder) zum Einwanderungsland (Hemetek 2000: 15). Mit dem Familiennachzug ändert sich auch die Wohnsituation der Migranten. Die auf männliche Arbeitskräfte zugeschnittenen Massenquartiere²⁹ der ersten Zeit sind für Familien ungeeignet, weshalb private Wohnungen angemietet werden, deren schlechter Zustand und ausbeuterisch hohe Mietpreise lange Zeit als »normal« angesehen werden.

- 28 Das 1976 in Kraft getretene Ausländerbeschäftigungsgesetz erschwert den Arbeitsmarktzugang für ausländische Arbeitskräfte und schreibt die grundsätzliche Bevorzugung österreichischer Staatsbürger am Arbeitsmarkt fort. Beschäftigungsbewilligungen für Ausländer sind zeitlich begrenzt, nur für ein Bundesland gültig und beziehen sich auf eine bestimmte Erwerbstätigkeit. Erst nach acht Jahren Beschäftigung können ausländische Arbeitnehmer einen sogenannten »Befreiungsschein« erhalten, der ihnen den uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt garantiert.
- 29 Österreichische Unternehmen dürfen »Gastarbeiter« nur einstellen, wenn eine »ortsübliche Unterkunft« gesichert ist. Wo kein entsprechender Wohnungsmarkt besteht, fällt den Betrieben selbst die Aufgabe zu, Wohnraum bereitzustellen. Größere Betriebe lösen dieses Problem meist durch Werkswohnungen. In Wien finden 41 Prozent der türkischen »Gastarbeiter« Unterkunft in Betriebswohnungen, 31 Prozent wohnen zur Untermiete und 13 Prozent kommen in einer Gemeinschaftswohnung unter. Siehe Alber und Gehmacher 1973: 46 f.

Anders als Deutschland reagiert Österreich auf die gute Konjunkturentwicklung in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre abermals mit einer Ausweitung der Ausländerbeschäftigung. Damit nimmt auch der Frauenanteil innerhalb der ausländischen Wohnbevölkerung zu. Im Jahr 1971 liegt er bei etwa 39 Prozent, bis 1981 steigt er auf 44,4 Prozent;³⁰ der Anteil der Kinder erhöht sich im selben Zeitraum von knapp 15 auf 22,5 Prozent (Münz, Zuser und Kytir 2003). Dadurch stellt sich erstmals das Problem der Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher ins österreichische Bildungs- und Berufsausbildungssystem; Integrationsmaßnahmen, die diesen Namen auch verdient hätten, bleiben allerdings aus.

In den folgenden Jahren steigt der Anteil der Migranten an den unselbstständig Beschäftigten von 5,9 Prozent im Jahr 1988 auf 9,1 Prozent im Jahr 1993. »Statt den echten Neuzugang zu regeln, aber die Integration der langjährig in Österreich lebenden Immigranten zu erleichtern, wurden sie weiterhin als Verschubmasse am Arbeitsmarkt behandelt. Die Folge war jedoch nicht die tatsächliche Rotation der Arbeitskräfte, sondern eine ethnische Segmentierung des einheimischen Arbeitsmarktes und extreme Abhängigkeit der Ausländer von ihren Arbeitgebern«, beschreibt der Migrationsforscher Rainer Bauböck (1996: 15) die Folgen dieser Politik.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung von Arbeitslosigkeit und Ausländerbeschäftigung: Während die Arbeitslosigkeit zwischen 1985 und 1987 jährlich um sechs Prozent steigt, nimmt die Ausländerbeschäftigung um durchschnittlich zwei Prozent zu – ein Indiz dafür, dass ausländische Arbeitnehmer vor allem solche Stellen besetzen, die für inländische Arbeitskräfte nicht attraktiv sind; der Konkurrenzdruck besteht demnach nicht, wie von demagogischen Politikern oft behauptet wird, zwischen Inländern und Ausländern, sondern zwischen beschäftigten und arbeitslosen Ausländern.

30 Die Arbeitsplätze von Frauen im lohnungeschützten tertiären Bereich sind weniger stark konjunkturabhängig wie jene der Männer, die vorwiegend in von der Konjunkturkrise besonders betroffenen Industriezweigen arbeiten. Die vermehrte Nachfrage an weiblichen Arbeitskräften beeinflusst wiederum den Familiennachzug.

1990 beschließen die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP die Einführung von jährlich festgesetzten Quoten für ausländische Arbeitskräfte (»Bundeshöchstzahl«); diese schwanken zwischen acht und zehn Prozent des Arbeitskräftepotenzials. Die Zuwanderung wird auch dadurch nicht gestoppt, ganz im Gegenteil: Zwischen 1987 und 1994 verdoppelt sich die Anzahl der Immigranten von 326.000 auf 713.000 Personen.

Das Jahr 1989 markiert eine Wende in der österreichischen Asylpolitik. Unter dem Eindruck stark emotionalisierter innenpolitischer Debatten wird das relativ liberale Asylrecht Schritt für Schritt demonstriert. Zur »Verhinderung von Asylmissbrauch« werden »beschleunigte Asylverfahren« eingeführt, Visa-Pflichten für die wichtigsten Herkunftsstaaten verhängt und Abschiebungen erleichtert. Die hitzige »Ausländerdebatte« während des Nationalratswahlkampfes 1990 mündet in einer umfassenden Verschärfung des Ausländerrechts zu Beginn der 1990er-Jahre. Restriktive Bestimmungen – wie die Einführung der »Drittstaatsicherheit«,³¹ des beschleunigten Verfahrens bei »offensichtlich unbegründeten Asylanträgen« oder die Reduzierung des Rechts auf vorläufigen Aufenthalt – sollen eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Asylwerber ausüben.

Auf die Gesamtzahl der Flüchtenden haben diese Maßnahmen nur wenig Einfluss. Der Zusammenbruch des jugoslawischen Staates und die darauf folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo lösen die größte Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Aufgrund der geographischen Nähe suchen viele dieser Flüchtlinge

³¹ »Schutz im sicheren Drittstaat besteht, wenn einem Fremden in einem Staat, in dem er nicht gemäß § 8 Abs. 1 bedroht ist, ein Verfahren zur Einräumung der Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention offen steht oder im Wege über andere Staaten gesichert ist (...).« AsylG Drittstaatsicherheit § 4 Abs. 2.

Schutz in Österreich. Bis 1995 erhalten etwa 90.000 Personen ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht, allerdings nur als »De facto-Flüchtlinge«.³²

Die beharrliche Weigerung Österreichs, sich als Einwanderungsland zu definieren, spiegelt sich in den politischen Debatten wider. War das »Ausländerthema« in den 1960er und 1970er-Jahren noch kaum diskutiert worden, gewinnt es nun zusehends an innenpolitischer Brisanz. 1992 initiiert die FPÖ das ausländerfeindliche Volksbegehren »Österreich zuerst«, das zu erbitterten Auseinandersetzungen und Anfang 1993 sogar zur Spaltung der Partei und zur endgültigen Marginalisierung ihres (deutsch-)liberalen Flügels führt.

Im selben Jahr tritt das neue Aufenthaltsgesetz in Kraft, das neue Restriktionen für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern vorsieht.³³ Das Aufenthaltsgesetz unterstellt die in Österreich beschäftigten Ausländer einer speziellen »Titelpflicht«; die Erteilung bzw. Verlängerung eines solchen Titels sind an eine »angemessene Unterkunft« und an einen »gesicherten Lebensunterhalt« gebunden. Zusätzlich werden Niederlassungsquoten eingeführt, die unter Berücksichtigung des aktuellen Arbeits- und Wohnungsmarktes, des Schul- und Gesundheitswesens, der demographischen Entwicklung sowie der »Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit« jedes Jahr neu festgelegt werden (Aufenthaltsgesetz, § 2 Abs. 1). Ist die Quote ausgeschöpft, können Ausländer nur noch im Ausnahmefall einreisen. Diese Maßnahmen erschweren nicht nur den Neuzug, sondern auch den Aufenthalt der bereits ansässigen ausländischen Bevölkerung beträchtlich.

- 32 Die Bezeichnung »De-facto-Flüchtling« ist kein Rechtsbegriff. In Österreich wird darunter der zeitweilige, humanitäre Aufenthalt von Bürgerkriegsflüchtlingen verstanden, die nach einer »gewissen« Zeit wieder in ihr Heimatland zurückkehren sollen. Siehe auch Wolf und Bauböck 2001; Gürses, Kogoj und Mattl 2004.
- 33 Parallel zum Aufenthaltsgesetz tritt 1993 auch das Fremdengesetz in Kraft, dessen Hauptaugenmerk in der Bekämpfung der illegalen Zuwanderung und Beschäftigung liegt.

|||||||||| »Wir sind alle nicht von hier«³⁴

In den ersten Jahren der sozialistischen Alleinregierung unter Bruno Kreisky (1970–1983) gelingt Österreich der längst fällige Aufbruch in eine neue Zeit. Unter dem Weltbürger Kreisky werden nicht nur entscheidende gesellschaftspolitische Reformen vollzogen, Österreich bemüht sich auch »um eine gestalterische Rolle in der Weltpolitik« und bietet sich aktiv »als Mittler zwischen Nord und Süd und Ost und West an, was seine internationale Akzeptanz und die Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zur Neutralität massiv fördert« (vgl. Fröhlich-Steffen 2003: 73). Die Kreisky-Jahre können deshalb retrospektiv als ein großer Sprung nach vorne bezeichnet werden – dem nach 1986 viele kleine Schritte rückwärts folgen werden.

Die zweite Hälfte der 1980er-Jahre ist von der Affäre um die NS-Vergangenheit des Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim, vom Aufstieg Jörg Haiders, von der Massenmigration³⁵ infolge der Balkankriege und des Zusammenbruchs der Sowjetunion und von einem rasanten Anstieg der Ausländerfeindlichkeit geprägt, die von der zum österreichisch-patriotischen Rechtspopulismus gewendeten – ursprünglich ja deutschnationalen³⁶ – FPÖ und dem Boulevard täglich angeheizt wird.

Der Beitritt zur Europäischen Union, der bei der Abstimmung im Frühjahr 1994 noch von über 66 Prozent der Österreicher befürwortet wird, und das bis heute juristisch nicht restlos aufgearbeitete Intermezzo einer ÖVP-FPÖ-Koalition (2000–2007) verfestigen diese Ten-

34 »Das war bei uns schon immer so. Wir sind nicht von hier, wir sind allesamt von woanders. Österreicher sind Menschen, die irgendwann gekommen und geblieben sind, um denen, die nach ihnen kamen, mit Misstrauen entgegenzublicken. Wir kommen, wir bleiben, wir vergessen, woher wir kamen; der Österreicher lebt in der Gegenwart« (Glavinic 2014).

35 Zwischen 1988 bis 1998 verdoppelt sich die Zahl der Ausländer (von 333.295 auf 686.481); dadurch erhöht sich der Ausländeranteil von 4,4 auf 8,6 Prozent.

36 Bezüge zum Deutschnationalismus lassen sich auch im aktuellen Parteiprogramm (2011) finden: »Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs sind deutsch. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft«, www.fpoe.at/themen/parteidprogramm/heimat-identitaet-und-umwelt/.

denzen. Während Deutschland nach 1989 neue Weltgeltung erlangt – ein Prozess, der allerdings auch mit hässlichen, ja sogar mörderischen Seiten einhergeht! – büßt Österreich seine internationale Rolle als Moderator und Vermittler weitgehend ein und betreibt seit-her lustvolle Nabelschau.

Die Turbulenzen rund um Waldheim und Haider sorgen allerdings auch für einen zunehmend kritischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit und führen zur teilweisen Dekonstruktion nationaler Mythen, Legenden und Klischees. Anlässlich des »Bedenkjahres« 1995 wird seitens der offiziellen Politik sogar der österreichische Opfermythos zugunsten eines Bekenntnisses zur Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus aufgegeben.³⁷ Leider bleibt auch das ein vorwiegend intellektueller Elitendiskurs. Die herrschende Stimmung im Land ist von einem antimodernen, anti-intellektuellen, politikverdrossenen und fremdenfeindlichen Populismus bestimmt, dessen durch rechte Politiker und die alles beherr-schenden Boulevardmedien befeuerte Dauererregung mitunter die bizarrsten Blüten treibt – ganz gleich, ob es um »österreichische« Bezeichnungen für bestimmte Lebensmittel oder um die Wiederein-führung der Schillingwährung geht.³⁸

Parallel dazu wächst der Nationalstolz der Österreicher ins Uner-messliche. In den 1980er-Jahren liegt er bereits über jenem »der angeblich so chauvinistischen Franzosen und (...) der – ebenso angeb-

37 Bereits am 8. Juli 1991 nimmt Bundeskanzler Franz Vranitzky im Nationalrat die positive Einschätzung der »ordentlichen Beschäftigungspolitik« des Nationalso-zialismus durch den damaligen Kärntner Landeshauptmann und FPÖ-Vorsitzen-den Jörg Haider zum Anlass für eine ausführliche Reflexion über die Rolle Öster-reichs im veränderten Europa vor dem Hintergrund der Geschichte: »Wir beken-nnen uns zu allen Taten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen. Und so wie wir die guten für uns in An-spruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen, bei den Überle-benden und bei den Nachkommen der Toten. Dieses Bekenntnis haben österrei-chische Politiker immer wieder abgelegt. Ich möchte das heute ausdrücklich auch im Namen der Österreichischen Bundesregierung tun ...« Zitiert nach Jochum 1998: 165.

38 »Marmelade-Diktat der EU muss weg!« titelt etwa die Kronen Zeitung am 20.10.2003 anlässlich der Diskussionen um die Bezeichnungen »Konfitüre« und »Marmelade«.

lich – so sehr von sich selbst eingenommenen Schweizer (...)« (Bruckmüller 1994: 25). Neben der Landschaft und Natur ist und bleibt das »Kulturland Österreich« eines der am häufigsten zitierten Selbstbilder dieses Landes« (vgl. Bruckmüller 1996: 121). Kultur heißt in diesem Zusammenhang allerdings vorwiegend: die Tradition der Wiener Klassik, des Barock, des Biedermeier, allenfalls noch des Wien um 1900 und des Wiener Walzers. Ein extrem vergangenheitsfixiertes Bild.

Mit dieser Vergangenheitsfixierung geht eine »skeptische Abneigung der Avantgarde, der Neuerer« einher, die nicht selten Zielscheiben engstirniger Angriffe sind (Dusek, Pelinka und Weinzierl 1995: 47). Eine Haltung, die auch der intime Kenner der »österreichischen Seele«, Erwin Ringel, konstatiert und wie folgt analysiert: Demnach haben »(…) die Verdränger (...) vor niemandem so große Angst wie vor denjenigen, die kommen und versuchen, diese Verdrängung aufzuheben. Darum sind die Mahner, die Aufdecker, die Wahrheitssucher, die Propheten in diesem Lande nicht erwünscht« (Ringel 1984: 20).

////////// Das Ausländerthema und der Aufstieg der Rechtspopulisten

Die Jahre zwischen 1997 und 2002 sind durch einen neuerlichen Anstieg der Asylanträge und eine kontinuierliche Zunahme der Zuwanderung gekennzeichnet.³⁹ Das Fremdengesetz von 1997 verfolgt endlich auch das Ziel, die Integration der bereits ansässigen Ausländer nach dem Prinzip »Integration vor Neuzuzug« zu fördern und bringt

39 1997 stellen 6.719 Personen einen Asylantrag, im Jahr 2002 sind es 39.354; die Anerkennungsquote steigt von 8,1 auf 28,4 Prozent (2003). Infolge des Kriegs im Kosovo suchen in den Jahren 1998 und 1999 über 13.000 jugoslawische Staatsbürger, zum größten Teil Kosovaren, um Asyl in Österreich an. Ab 1999 ist eine grundlegende Veränderung in der Zusammensetzung der Flüchtlingspopulation festzustellen. Waren nicht europäische Asylwerber lange Zeit nur eine kleine, wenn auch wachsende Minderheit, so stehen im Jahr 2000 die Flüchtlinge aus Afghanistan bereits an der Spitze der Asylwerber, gefolgt von iranischen, indischen und irakischen Staatsbürgern.

einige Erleichterungen bei der Verlängerung von Aufenthaltstiteln. Gleichzeitig enthält es neue Restriktionen, wie etwa einen erschwer-ten Arbeitsmarktzugang für den Familiennachzug. Der »Integrationserlass« schreibt Deutschkurse für Zuwanderer im Ausmaß von 100 Stunden vor. Die anfallenden Kosten haben die Immigranten »nur« zur Hälfte selbst zu tragen, sofern sie den Kurs innerhalb des ersten Aufenthaltsjahres erfolgreich abschließen; erfolgt die Teil-nahme erst im zweiten Aufenthaltsjahr, müssen die Teilnehmer den vollen Betrag übernehmen. Bei Nichteinhaltung der »Integrations-vereinbarung« kann sogar die Aufenthaltsgenehmigung entzogen werden. »Das Paradoxon der neuen Ausländerpolitik liegt darin, dass sie dazu beiträgt, genau jene sozialen Verhältnisse zu schaffen und jene Fremdenfeindlichkeit zu rechtfertigen, deren Vermeidung als Grund für die Begrenzung der Einwanderung angegeben wird« (vgl. Bauböck 1996: 23).

Unter Jörg Haider kommt es zu einer radikalen Neupositionierung der bürgerlich-deutsch-national-liberalen Honoratiorenpartei FPÖ als rechtspopulistische, demagogisch-aktionistische und fremdenfeind-liche Protestpartei, die mit dem »Ausländerthema« auch in den traditionellen Arbeiterhochburgen neue Wählerschaften gewinnt. Der kontinuierliche Aufstieg der FPÖ unter Haider (1986: 9,7 %, 1990: 16,6 %, 1994: 22,5 %) erreicht bei den Nationalratswahlen 1999 einen vorläufigen Höhepunkt; die Partei wird mit 26,9 Prozent zweitstärkste Kraft des Landes und die mit Abstand erfolgreichste rechtspopulisti-sche Partei des Kontinents.

Zu Beginn des Jahres 2000 geht die ÖVP nach 13 Jahren Großer Koalition eine Regierungspartnerschaft mit der FPÖ ein, zu deren Hauptforderungen ja die Einschränkung der Zuwanderung zählt. Doch gerade unter der neuen Regierung steigt die Zahl der ausländi-schen Beschäftigten von zuletzt 298.000 Personen stark an und er-reicht 2004 mit 379.000 einen neuen Höchststand. Diese Entwick-lung ist einerseits dadurch bedingt, dass sich die Anzahl der aus-ländischen Beschäftigten aus EU-Mitgliedstaaten – nicht zuletzt auch aus Deutschland – deutlich erhöht, andererseits aber – und in erster Linie! – durch die Ausweitung der Saisonbeschäftigung von Auslän-

dern, die bis zu einem Jahr in Österreich arbeiten und nach einer zweimonatigen Pause wieder um eine neue befristete Beschäftigung ansuchen dürfen – eine »Wiedereinführung des Gastarbeiterprinzips der siebziger Jahre, die Aufnahme von Arbeitskräften ohne Rechte, die nach Ablauf ihres Vertrages oder bei Arbeitslosigkeit abgeschoben werden können.«⁴⁰

Im Jahr 2001 werden bereits 12,5 Prozent der österreichischen Wohnbevölkerung als »im Ausland geboren« ausgewiesen. Österreich verfügt damit über einen höheren »Ausländeranteil« als das klassische Einwanderungsland USA. Der »Einbürgerungsrekord« des Jahres 2003 (44.694 Personen) (Statistik Austria 2004) ist allerdings nicht die Folge einer liberaleren Einbürgerungspolitik, sondern der Tatsache geschuldet, dass viele der bereits jahrzehntelang in Österreich niedergelassenen Migranten nun per Rechtsanspruch um die Staatsbürgerschaft ansuchen können (Waldrauch und Çinar 2003: 282).

Offiziell bleibt die Einschränkung der Neuzuwanderung das Credo der österreichischen Immigrationspolitik. Das »Fremdenrechtspaket 2005« lässt zwar eine gewisse Bevorzugung lang anwesender Ausländer erkennen, andererseits aber werden die Hürden für neue Zuwanderer höher und die Voraussetzungen, die seitens der Immigranten für einen rechtmäßigen Aufenthalt in Österreich erfüllt werden müssen, noch zahlreicher. Mit der »Integrationsvereinbarung neu« steigt auch die Stundenzahl der verpflichtenden Sprach- und Staatsbürgerschaftskurse von 100 auf 300. Ferner bestimmt die »Quotenfestlegung 2005«, dass Personen aus Drittstaaten nur dann zum Arbeiten nach Österreich kommen können, wenn sie Schlüsselkräfte sind oder der Arbeitszeitraum zeitlich begrenzt ist (sogenannte Saisoniers).

In weiterer Folge kommt es noch zu mehreren Novellierungen der fremdenrechtlichen Regelungen. Das »Fremdenrechtspaket 2011«

40 Bauböck und Perchinig 2003. »Die Renaissance einer zirkulären ›Gastarbeiterwanderung‹, der man jedoch andere Etiketten verpasste«, wird auch im ersten Österreichischen Migrations- und Integrationsbericht (2003) kritisiert.

führt die »Rot-Weiß-Rot-Karte« ein, mittels der eine kriteriengeleitete Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften ermöglicht werden soll, die sich – anstatt der bisherigen Quoten – an einem fixen Punktesystem orientiert. In der neuen Integrationsvereinbarung werden die Anforderungen an die Sprachkenntnisse der Zuwanderer nochmals erhöht. Diese müssen nun bereits *vor* ihrer Ankunft Deutschkenntnisse »auf einfachstem Niveau« vorweisen können.

Der hohe Anteil an ausländischen Staatsbürgern in Österreich (9,4 %) ist eine direkte Folge der weiterhin sehr restriktiven Einbürgerungspolitik: »Der Ausländeranteil wird also in Österreich durch die Restriktionen im Staatsbürgerschaftsrecht künstlich auf relativ hohem Niveau gehalten« (Gärtner 2003: 450). Prinzipiell kann die österreichische Staatsbürgerschaft erst nach einer Aufenthaltsdauer von zehn Jahren erworben werden; auch dann ist der Erwerb an gewisse Bedingungen gebunden und liegt im Ermessen der Behörden. Für Personen, von denen »besondere Leistungen für die Republik Österreich« erwartet werden können, wird die Wartefrist auf sechs Jahre verkürzt. Ein rechtlicher Anspruch auf Einbürgerung besteht erst nach einem dreißigjährigen (!) Aufenthalt oder nach einem fünfzehnjährigen Aufenthalt bei nachgewiesener beruflicher und persönlicher Integration.⁴¹

Umfragen unter Migranten zeigen, dass rechtliche und »praktische« Gründe die wichtigsten Motive für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft darstellen. Eine Identifikation mit Österreich spielt bei den meisten Befragten nur eine sehr untergeordnete Rolle. Fast die Hälfte berichtet von Schwierigkeiten bei der Einbürgerung; kritisiert werden vor allem die hohen Kosten (etwa 1.000 Euro pro Person) (vgl. Reichel 2010).

Österreich ist zu Beginn des neuen Millenniums endgültig zu einem Einwanderungsland geworden – nicht freiwillig und nicht selbstbestimmt, sondern durch die faktische Entwicklung. Zwischen

41 Die Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes 2013 ermöglicht eine Einbürgerung bereits nach sechs Jahren rechtmäßigen, ununterbrochenen Aufenthalts, wenn bestimmte Kriterien (Sprachkenntnisse auf B2-Niveau, Staatsbürgerschaftstest, monatliches Einkommen von ca. 1.000 Euro etc.) erfüllt werden.

2002 und 2005 verzeichnet das Land eine Nettozuwanderung von 243.000 ausländischen Staatsangehörigen. Zehn Prozent der Gesamtbevölkerung besitzen einen ausländischen Pass, 17 Prozent weisen einen Migrationshintergrund auf, was einem der höchsten Anteilsraten in der Europäischen Union entspricht. Gleichzeitig haben die überwiegend defensiven Maßnahmen die bereits seit Langem bestehende soziale Unterschichtung der Migranten sowie ihre Benachteiligung und Segregation nur noch weiter verstärkt.

////////// Ein Zustand der Sprachlosigkeit

»Das Prinzip Österreich, wie es sich nach 1945 als raffiniertes kollektives Selbstdäuschungsmanöver konstituierte und in der Wirklichkeit tatsächlich über weite Strecken erfolgreich durchsetzte«, war auch Teil der Strategie – man könnte es auch auf gut österreichisch *Schmäh* nennen –, sich um die Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus zu drücken. Als »erste Opfer« Hitlers brauchten die Österreicher sich weder von den »deutschen Verbrechen« noch von der »deutschen Niederlage« betroffen zu fühlen (Liessmann 1999: 161). Die renommierte österreichische Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak vertritt die Ansicht, dass »Österreich arm an nicht kontroversiellen Daten sei, die sich zur kollektiven Identifikation eignen: Es gebe keine gelungene Revolution, keine Unabhängigkeits- oder Befreiungsbewegung wie in anderen Ländern, wo derartige historische Ereignisse identitätsstiftend wirken. Diese Behauptung könnte vielleicht ebenfalls erklären, warum die Opferthese so wichtig geworden ist« (Wodak 1996: 36).

Noch 1988 provoziert der damalige Vorsitzende der FPÖ, Jörg Haider, mit dem Satz, er bekenne sich zur »deutschen Kulturnation«; der Begriff einer eigenständigen österreichischen Nation sei eine »ideologische Missgeburt«.⁴² Neuere Studien zeigen allerdings, dass sich in

42 »Ideologische Missgeburt: Haiders umstrittenste Sager«. *Die Presse.com*.

Österreich ein, besonders auch im Vergleich zu anderen Nationen, sehr ausgeprägtes Nationalbewusstsein entwickelt hat. In einer Umfrage im Jahr 2001 geben 56 Prozent der befragten Österreicher an, »sehr stolz« auf Österreich zu sein, 35 Prozent sind »ziemlich stolz« (Plasser und Ulram 2002). Und nach Untersuchungen des US-amerikanischen National Opinion Research Center liegt Österreich bei einer Bewertung des allgemeinen Nationsbewusstseins auf Platz vier hinter den USA, Irland und Kanada. 83 Prozent der befragten Österreicher sind stolz darauf, Bürger ihres Landes zu sein, und 64 Prozent glauben, Österreich sei besser als die meisten anderen Länder (Smith und Kim 2006: 127–136). Und worauf sind die Österreicher so stolz? Immer noch auf ihre Wiesen, Seen und Berge! »Aber worauf sollen die Österreicher auch sonst stolz sein?«, höhnt der in Berlin lebende österreichische Autor Oliver Jeges. »Ihre komplette Identität haben sie zusammengeklaut. Die Kultur ist deutsch, die Küche böhmisch und die Währung europäisch. Nach außen sind die Österreicher neutral wie die Schweiz, im Inneren korrupt wie Albanien« (Jeges 2014).

Trotz dieser beeindruckenden Zahlen bleibt ein (großer) Rest an Unsicherheit. Nach wie vor ist Österreich ein schwieriges Heimatland, dessen Bewohner zwischen grölendem »Immer wieder Österreich«-Patriotismus und sarkastischem Selbsthass schwanken. Ist der typische Österreicher wirklich ein *Herr Karl*, ein schmieriger, fauler und verschlagener Opportunist, die wahrscheinlich genialste Schöpfung des Autorenduos Helmut Qualtinger & Carl Merz? Und ist in Österreich wirklich »immer alles am schlimmsten«, wie Professor Schuster in Thomas Bernhards skandalträchtigem Stück *Heldenplatz* verkündet?

»Das Brüchige«, schreibt die österreichische Kulturpublizistin Barbara Coudenhove-Kalergi, »das Gespaltene, das Nicht-ganz-Eindeutige gehört deshalb auch zum Wesen der Österreicher, und nicht der schlechtesten. Drei Werke ihrer Literatur, die hierzulande zu den beliebtesten gehören, heißen [bezeichnenderweise, Anm. d. Autors] ›Der Zerrissene‹ (von Johann Nestroy), ›Der Schwierige‹ (von Hugo von Hofmannsthal) und ›Der Mann ohne Eigenschaften‹ (von Robert Musil)« (Coudenhove-Kalergi 1988). »Wir sind Gescheiterte, wir sind

Gefallene, die das Erbe eines großen Reiches verwalten«, meint der österreichische Autor Thomas Glavinic (2014) und der Philosoph Rudolf Burger konstatiert ironisch-lapidar: »Seit noch nicht einmal fünfzig Jahren gibt es ein tausendjähriges Österreich« (Burger 1993: 59).

Durch die Globalisierung erhalten bekanntlich auch kleine Länder ihre Chance auf die *15 minutes of fame*: »Wir sind Oscar« heißt es dann sowohl beim Oscar-Gewinn für den Film *Die Fälscher* (2007) als auch für den Schauspieler Christoph Waltz (2010 und 2013) – und das, obwohl nationale Kategorien weder beim Preis selbst noch bei Waltz als Person zulässig sind. Selbst der Literaturnobelpreis für die vielgeschmähte Elfriede Jelinek (2004) wird von Teilen der Presse und der Politik als »nationaler« Sieg gefeiert. »Eine Spezialität Österreichs ist die Verösterreicherung einer außerösterreichischen Angelegenheit, wenn diese Stolz abwirft. Bei einer Fußball-WM, an der das heimische Team nicht teilnimmt (...), genügt uns ein einziger unter heftigen Austro-Adrenalinstößen ins Geschehen eingreifender burgenländischer Linienrichter, um die WM doch noch zu gewinnen. Dank Schwarzenegger regiert Graz die Vereinigten Staaten. Dank Jelinek kontrolliert Mürzzuschlag die Weltliteratur« (Glattauer 2005). *Sechs Österreicher unter den ersten fünf* lautet denn auch der Titel des Romanerstlings des in Duisburg geborenen und seit 1987 in Wien lebenden Kabarettisten Dirk Stermann.

Jenseits dieser manchmal grotesk verzerrten Affirmation und kabarettistischen Negation – »Was dem Zimmermann seine Zimmermannshose und dem Matrosen seine Matrosenhose, ist dem Österreicher seine Niedertracht«, so der Künstler André Heller –, findet eine ernst zu nehmende öffentliche Debatte darüber, was Österreich ausmache und was »österreichisch« sei, kaum statt. Die österreichische Seele ist, trotz oder gerade wegen aller Prahlgerei, von einem tiefen Minderwertigkeitskomplex gekennzeichnet. Wenn Österreicher wie Christoph Waltz, Michael Haneke oder Felix Baumgartner (individuellen!) internationalen Ruhm ernten, dann ist das Balsam für die gekränkten österreichischen Seele. »Und doch ist man zerrissen. Auf Arnold Schwarzenegger ist man stolz, weil er es aus der steirischen Einöde bis nach Hollywood ›geschafft‹ hat. Aber er könnte doch bitte

ein wenig mehr Feingeist sein! Für Elfriede Jelinek, die Literaturnobelpreisträgerin, schämt man sich. Sie könnte doch ruhig ein wenig bodenständiger sein! Am Ende ist es dem Österreicher nie recht« (vgl. Jeges 2014).

Wilhelm Kempf, Professor für Psychologische Methodenlehre an der Universität Konstanz, konstatiert in seiner vergleichenden Untersuchung Österreichs mit der Schweiz einen »eklatanten Mangel an nationalem Selbstbewusstsein«, der mit dumpfer Unzufriedenheit und Zukunftspessimismus ebenso einhergeht wie mit der gebetsmühlenartig wiederholten Selbstversicherung, wie angesehen »wir doch im Ausland seien (vgl. Kempf 2002).

Das statistisch belegte und im täglichen Gespräch und Verhalten gerne präsentierte neue Österreichbewusstsein wird von keinem entsprechenden Selbstbewusstsein begleitet. Vielfach fehlen sogar die Fähigkeit und der Wille, die Frage »was ist österreichisch?« zu stellen, geschweige denn, sich um eine Antwort zu bemühen. Ein Zustand der Sprachlosigkeit beherrscht die Debatten über nationale Charakteristika im Allgemeinen und eine moderne österreichische Identität im Speziellen. Diese Unfähigkeit der Österreicher, über sich und ihr Selbstbild zu reflektieren, ist gleichzeitig mit starken Ressentiments gegen alles Außenstehende verbunden, gegen die Fremden, die die Besonderheiten der österreichischen Kultur entweder nicht gebührend zu würdigen wissen – wie etwa »die Piefke«⁴³ – oder sie gar nicht verdienen – wie »die Ausländer« im Allgemeinen.

Die Thematik der Zuwanderung ist seit Langem *das* beherrschende Thema in Politik und Medien, der wesentlichste Bestandteil aller innenpolitischen Auseinandersetzungen, die »Ausländerdebatte« ein Dauerthema in TV-Diskussionen und Stammtischrunden und der entscheidende Garant für den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der rechtspopulistischen FPÖ (Pelinka und Rosenberger 2007). In

43 Das Verhältnis zu Deutschland und zu den Deutschen ist weiterhin von Überheblichkeitsgefühlen *und* Minderwertigkeitskomplexen geprägt. Beide nähren sich aus den Erinnerungen an alte Konkurrenzkämpfe und der Disparität zwischen dem imperialen Anspruch Wiens und der Realität einer ökonomischen Abhängigkeit vom reicheren Nachbarn. Siehe Bodi 1999.

Wahrheit betrifft die Ablehnung des Fremden, das als furcht- und angstauslösend empfunden wird, ja nicht nur die Ausländer, sondern auch das, was Sigmund Freud das »innere Ausland« nannte, das Befremdende, Abgründige, Verbotene in uns selbst. Die Xenophobie ist eine Vermeidungsstrategie, die das Fremde ablehnt, um das Eigene nicht infrage stellen zu müssen, und sie dient dazu, das Eigene in seiner angeblichen Überlegenheit zu bestätigen. Deshalb ist »der Österreicher« so stolz auf die »Kulturnation Österreich«, auch dann, wenn er daran kaum aktiv teilhat. Deshalb liebt er das Heimatlich-Folkloristische, das Anrührend-Provinzielle, aber auch das Monumental-Heroische, das vor allem in Sportidolen inkarniert ist. Im Monumentalen, in der Erhabenheit der Landschaft und in den ewigen Werken nationaler Genialität erlebt »der Österreicher« die Größe und den Glanz, die seiner eigenen Existenz fehlen (Luger o. J.).

////////// Eine ernüchternde Bilanz

Im Jahr 2014 lebten rund 1,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich, das entspricht etwas mehr als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Etwa 1,2 Millionen gehören der sogenannten »ersten Generation« an, sind also erst nach ihrer Geburt nach Österreich zugezogen. Beim Rest handelt es sich um in Österreich geborene Nachkommen von Eltern mit ausländischem Geburtsort (»zweite Generation«). Die Anzahl der ausländischen Wohnbevölkerung liegt bei 1,2 Millionen Personen oder 13,3 Prozent der Gesamtbevölkerung.⁴⁴

Unter den ausländischen Staatsangehörigen stellen die Deutschen die mit Abstand größte Gruppe (170.000), gefolgt von 115.000 türkischen und 114.000 serbischen Staatsangehörigen.

50 Jahre nach Anwerbung der ersten »Gastarbeiter« ist die Bilanz ernüchternd. So etwa ist die Herkunft weiterhin der wichtigste Be-

⁴⁴ Diese und weitere Zahlen Statistik Austria 2015 sowie Integrationsberichte 2011 bis 2014, www.bmeia.gv.at/integration/integrationsbericht/.

stimmungsfaktor für das Armutgefährdungsrisiko. Die Armutgefährdungsrate der zugewanderten Drittstaatsangehörigen, aber auch die von eingebürgerten Personen ist mit über 20 Prozent doppelt so hoch wie die der restlichen Bevölkerung. Und der Anteil der in manifester Armut lebenden Personen ist bei im Ausland Geborenen mit rund elf Prozent sogar fast viermal so hoch wie bei den in Österreich Geborenen (3 %).

Im Schuljahr 2013/14 waren elf Prozent aller Schüler ausländische Staatsangehörige. Fast ein Viertel der getesteten Kindergartenkinder benötigte Sprachfördermaßnahmen, um zu ihren Altersgenossen aufzuschließen zu können. In den Sonderschulen⁴⁵ lag der Ausländeranteil bei mehr als 18 Prozent, in maturaführenden Schulen (allgemeinbildende höhere Schule, AHS, und berufsbildende höhere Schule, BHS) nur bei acht bis neun Prozent.

Der Migrationsbericht der OECD weist darauf hin, dass es in Österreich ein auffälliges Problem bei der Sprach- und Lesekompetenz junger Erwachsener der zweiten Generation gibt. Mehr als jeder Vierte der jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund weist eine schwache Lesekompetenz auf;⁴⁶ in Deutschland ist das bei weniger als jedem Sechsten der Fall, in Holland und Schweden nicht einmal bei jedem Achten. Nur in Belgien sei die Sprach- und Lesekompetenz der jungen Erwachsenen der zweiten Generation noch schwächer als in Österreich.⁴⁷

Insgesamt unterscheidet sich der Bildungsstand der in Österreich lebenden Ausländer maßgeblich von jenem der einheimischen Bevölkerung – ein Hinweis auf die Heterogenität der zugewanderten Bevölkerung: Auf der einen Seite stehen die qualifizierten Zuwanderer aus dem EU-Raum und auf der anderen Seite die große Zahl ausländischer »Erwerbspersonen«, die im Bereich der Bauwirtschaft, des

45 Sonderschulen sind Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, denen wegen körperlicher oder psychischer Einschränkung ein sogenannter sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert wird.

46 Siehe »OECD: Österreich nutzt Potenzial der Einwanderer nicht«, *Der Standard* 1.12.2014.

47 Siehe »OECD-Migration: Schlechte Noten für Österreich«, *OE1/ORF.at* 1.12.2014.

Tourismus, des Handels und Verkehrs, der sozialen Dienste oder der Metall-, Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie als Hilfs- und Anlernarbeiter tätig sind. Die Zuwanderung aus der EU kann durchaus als *Braingain* für Österreich klassifiziert werden. Während unter den EU-Bürgern mehr als 47 Prozent über die Matura oder einen akademischen Abschluss verfügen, trifft das nur auf rund 31 Prozent der österreichischen Staatsangehörigen zu. Die Bildungsabschlüsse der meisten Zuwanderer aus sogenannten Drittstaaten liegen dagegen deutlich darunter.

Bedenklich ist, dass auch in der zweiten Generation keine Angleichung an die Bildungs- und Qualifikationsstrukturen der einheimischen Bevölkerung stattgefunden hat – allerdings werden in Österreich auch die einheimischen Kinder vom Schulsystem immer noch primär nach sozialer Herkunft »sortiert«.

Personen mit Migrationshintergrund stehen in geringerem Maße im Erwerbsleben. Ihre Erwerbstätigengquote liegt bei 64 Prozent, jene der Menschen ohne Migrationshintergrund bei 73 Prozent. Dieser Unterschied ist vor allem auf die niedrigere weibliche Erwerbsbeteiligung von Migrantinnen (58 % gegenüber 70 %) zurückzuführen. Die Arbeitslosigkeit der Ausländer liegt mit 12,1 Prozent deutlich über jener der österreichischen Staatsangehörigen (7,6 %). Angehörige von Drittstaaten sind außerdem mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Österreicher und erreichen nur etwa 83 Prozent des Medianeinkommens.

Immer noch sind Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in großem Ausmaß (43 %) als Arbeiter beschäftigt (ohne Migrationshintergrund: 23 %). Besonders hoch sind die Arbeiteranteile bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (61 %) und der Türkei (56 %).

Die Kehrseite der Medaille ist das Problem der ungenutzten Potenziale. Mehr als ein Viertel der Menschen mit Migrationshintergrund fühlt sich überqualifiziert (28 %). Tatsächlich ist fast die Hälfte der Migranten nicht ihrem Ausbildungsniveau entsprechend, sondern unter ihrer Qualifikation beschäftigt, nicht selten sogar als Hilfsarbeiter. Oft liege das daran, so hört man, dass ausländische Ab-

schlüsse nicht anerkannt würden. Aber selbst dann, wenn Zuwanderer in Österreich studiert haben, verdienen sie oft deutlich weniger als Einheimische mit derselben Qualifikation.

Die Segregation auf dem Arbeitsmarkt geht mit einer Segregation im Wohnbereich einher. Die Mehrheit der ausländischen Wohnbevölkerung lebt nicht in Eigentums-, Genossenschafts- oder Gemeindewohnungen, sondern in freien Mietwohnungen, zumeist schlechterer Kategorie, mit befristeten Mietverträgen und vergleichsweise hohen Mieten. Im Jahr 2014 stand Personen mit Migrationshintergrund mit rund 31 m² pro Kopf rund ein Drittel weniger Wohnfläche zur Verfügung als dem Durchschnitt. Dafür ist die Wohnkostenbelastung bei im Ausland geborenen Personen überdurchschnittlich hoch. 36 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund wenden mehr als ein Viertel ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten auf, gegenüber 17 Prozent der im Einheimischen.

Die meisten Zuwanderer sind weiterhin als un- oder angelernte Arbeiter oder im schlecht bezahlten Dienstleistungssektor tätig. Häufiger als in Deutschland bleiben sie langfristig auf ihre ursprüngliche Position in der Erwerbswelt beschränkt. Gründe dafür sind die rigide Struktur des österreichischen Arbeitsmarktes, die traditionell geringe Mobilität, die Erhaltung von strukturschwachen Branchen im Niedriglohnbereich durch Ausländerbeschäftigung, die klein- und mittelbetriebliche Struktur der österreichischen Wirtschaft und innerbetriebliche Diskriminierungen. Oft gelangen auch nachgezogene Familienangehörige in die vorhandenen schlecht bezahlten Jobs, und mit der Zeit verfestigt sich die ethnische Schichtung des Arbeitsmarktes (vgl. Bauböck und Volf 2001: 55 f.).

So wie der individuelle Aufstieg nur selten gelingt, bleibt auch die intergenerationale Mobilität – also der soziale Aufstieg von in Österreich geborenen Einwandererkindern – niedrig. Positiv zu vermerken ist allerdings, dass es in den österreichischen Städten, anderes als in vielen westeuropäischen Ländern, zu keiner ethnischen Slum- oder Gettobildung gekommen ist. Das Problem der Migranten in Österreich sind nicht so sehr die schlechten Lebensbedingungen, es ist vielmehr der dauerhaft blockierte Aufstieg (Hintermann 2005: 150).

Laut einer Studie im Rahmen des Migrant Integration Policy Index aus dem Jahr 2015 haben es Zuwanderer hierzulande schwerer als in vielen anderen europäischen Ländern. Von 38 untersuchten Staaten schafft es Österreich gerade auf Platz 20 (MIPEX 2015). Die in den Medien häufig vorgeführten Catering-Unternehmer, Modeschöpfer und Topmanager sind und bleiben einsame Ausnahmen. Die Aufstiegschancen der Migranten sind schlecht, der Nichtzugang zu Bildung ist besorgnis erregend.

Die Erkenntnis, dass Zuwanderung auch eine »proaktive Integrationspolitik« auf der Ebene des Bundes zur Folge haben muss, hat sich in Österreich erst spät durchgesetzt. »Es muss«, wie es schon im 2. Österreichischen Migrations- und Integrationsbericht heißt, »erkannt werden, dass Migrationen und die damit verbundenen Integrationsfragen keine Ausnahmeerscheinungen der Gegenwart darstellen, sondern Österreich auch in Zukunft begleiten, so wie eben alle ökonomisch wachsenden, politisch stabilen und demografisch schrumpfenden Gesellschaften« (Fassmann 2007).

Ähnlich wie in Deutschland stimmen sämtliche Prognosen darin überein, dass es schon aus demographischen Gründen keine Alternative zur Zuwanderung gibt. Auch die Wirtschaftskammer Österreich und die Industriellenvereinigung wünschen sich »Österreich als ein attraktives Einwanderungsland für qualifizierte Arbeitskräfte« und »Weltoffenheit als Standortfaktor«. Das wird allerdings nur zu erreichen sein, wenn der Staat endlich auch selbstbewusst als Einwanderungsland auftritt.

Hier Segregation,
da größere Durchlässigkeit –
Österreich und Deutschland
im Vergleich

»It's the economy, stupid«

Weltoffenheit, Toleranz und ein gewisser »protestantischer Pragmatismus« mögen in manchen deutschen Regionen weiter verbreitet sein als im überwiegend kleinstädtisch-ländlichen Österreich oder in Wien, auf dessen spezielle Migrationsgeschichte bereits hingewiesen wurde. Der sichtbar größere Integrationserfolg der in Deutschland aufgewachsenen »Gastarbeiterkinder« ist jedoch in erster Linie den ökonomischen Rahmenbedingungen zu verdanken. Eine vergleichende Studie (Fassmann, Münz und Seifert 1997) von in Österreich bzw. (West-)Deutschland lebenden Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei zeigt, wie ganz unterschiedlich sich deren Karrieren trotz einer anfangs durchaus vergleichbaren Migrationsgeschichte entwickelt haben. Während sich in Deutschland ein Teil der ausländischen Beschäftigten relativ rasch aus dem untersten Segment des Arbeitsmarktes lösen und in höhere Beschäftigungsbereiche vordringen kann, weshalb sich die Lebenssituation vieler Zuwanderer bald verbessert, ist dies in Österreich in weit geringerem Maß der Fall. Hier kommt es zu einer langfristig wirksamen ethnischen Segmentierung und Unterschichtung. Die Autoren der Studie identifizieren eine Reihe von Gründen für diese Entwicklung.

Aufgrund des bestehenden Lohngefälles zwischen den beiden Ländern erfolgt bereits in den ersten Jahren der Arbeitskräftewanderung eine »positive« Selektion zugunsten der Bundesrepublik. Aus-

ländische Arbeitskräfte, die aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland migrieren, weisen nicht selten ein höheres Bildungsniveau auf als jene, die es nach Österreich verschlägt. Auch wenn viele »Gastarbeiter« in Deutschland zu Beginn unter ihrer Qualifikation arbeiten müssen, haben sie einen deutlichen Startvorteil, den viele von ihnen mit der Zeit auch zu nützen wissen. In Österreich hingegen schreibt sich die schlechtere Ausbildung und Qualifikation bis in die Folgegenerationen fort. Bezeichnend ist, dass selbst jene »Gastarbeiter«, die über eine höhere Bildung verfügen, in ihren beruflichen Karrieren meist weit unter ihren Qualifikationen und Möglichkeiten bleiben. Das wiederum führt dazu, dass viele Migranten in Österreich kaum in die formale Bildung ihrer eigenen Kinder investieren, da sich dies im Regelfall nicht »bezahlt« macht.

Ein grundsätzlicher (und bedeutsamer) Unterschied besteht auch in der Struktur der Unternehmen, die ausländische Arbeitskräfte anwerben. Die österreichische Wirtschaft ist von Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben dominiert, ausländische Arbeitskräfte sind demzufolge vornehmlich in solchen Betrieben tätig – mit allen sich daraus ergebenden Nachteilen, wie niedrigere Löhne, höhere Gefahr von wiederkehrender Arbeitslosigkeit, geringere innerbetriebliche Aufstiegsmöglichkeiten etc.

Bei den (relativ) wenigen österreichischen Großbetrieben dominieren bis in die jüngere Vergangenheit der Staat bzw. verstaatlichte Banken als Eigentümer. In diesen staatlich oder halbstaatlich kontrollierten Bereichen (Bahn, Post, Telekom, nationale Fluglinie, kommunale Verkehrsbetriebe, elektronische Medien, Lebensmittelherzeugung, Banken und Versicherungen, Mineralölproduktion, Gas- und Elektrizitätswirtschaft, Tabakindustrie) ist der Einfluss von Parteien und Gewerkschaften bei der Rekrutierung von Mitarbeitern groß. Sie bilden gewissermaßen ein »geschütztes« Segment des Arbeitsmarktes, das nur einem geringen Wettbewerb ausgesetzt ist und dessen überdurchschnittlich besser bezahlte Jobs überwiegend den »eigenen Leuten« vorbehalten bleiben.

Im Gegensatz dazu existieren in Deutschland zahlreiche Mittel- und Großbetriebe, in denen der Einfluss von Staat, Parteien und

Gewerkschaften auf die Personalpolitik relativ gering ist. Die Mehrzahl dieser Unternehmen ist bereits in den 1970er-Jahren internationaler Konkurrenz ausgesetzt, beschäftigt eine große Zahl von Ausländern und bietet einem Teil von ihnen – zumindest begrenzte – Aufstiegs- und gute Verdienstmöglichkeiten. So sind in Deutschland in den frühen 1970er-Jahren 27 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte (und 24,5 % der Deutschen) in Großbetrieben tätig, in Österreich nur 11,5 Prozent (und 12,5 % der Österreicher).

Österreichs Arbeitsmarktstrukturen weisen ein höheres Maß an Verfestigung und Segregation sowie eine geringere Durchlässigkeit auf. Dazu kommt eine weitaus geringere berufliche und räumliche Mobilität. Der österreichische Arbeitsmarkt muss deshalb, so die Studienautoren, im Vergleich zum deutschen als »unterentwickelt« bezeichnet werden. Dazu einige Zahlen: In Deutschland liegt der Anteil der un- und angelernten Arbeiter bei denjenigen, die sich erst seit zehn Jahren im Land aufhalten, im Jahr 1994 mit 78 Prozent deutlich höher als bei der Gruppe derer, die bereits seit über 20 Jahren hier leben (55 %). In Österreich hingegen sind 80 Prozent derjenigen, die bereits seit mehr als 20 Jahren im Land leben, immer noch als un- und angelernte Arbeiter tätig – ein nur unwesentlich kleinerer Anteil als bei den »neuen« Migranten (86 %). Dies zeigt, dass der deutsche Arbeitsmarkt für ausländische Zuwanderer und ihre Kinder erheblich durchlässiger ist als der österreichische, in dem bestimmte Bereiche bis heute fast ausschließlich für Migranten aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien »reserviert« sind.

Fazit dieser ländervergleichenden Studie: Obwohl die untersuchten Zuwanderergruppen auch in Deutschland nicht als optimal integriert angesehen werden können und eine grundlegende Verbesserung zumeist erst in der zweiten und dritten Generation erfolgt, beginnt sich die Unterschichtung des Arbeitsmarktes durch Einwanderer zumindest langsam aufzulösen (vgl. Fassmann und Münz 1995; siehe auch Kreid 2009; Reichel 2010; Herburger 2010). Das heißt, die deutsche Gesellschaft bietet ausländischen Zuwanderern und deren Kindern signifikant bessere Berufs- und Integrationschancen als die österreichische.

Allerdings, so die Einschränkung der Autoren, müssen sowohl die österreichische als auch die deutsche Gesellschaft im Vergleich zu anderen europäischen Ländern als eher geschlossene Gesellschaften mit einer Tendenz zur Exklusion ausländischer Migranten angesehen werden – und nicht als offene Gesellschaften, die sich durch ein entwickeltes Instrumentarium zur Aufnahme und Integration von Zuwanderern auszeichnen (Çinar, Hofinger und Waldrauch 1995). Heute, fast 20 Jahre später, zeigen sich die Ergebnisse dieser Entwicklung, die sich von Generation zu Generation weiter fortschreibt.

Auch rechtliche Rahmenbedingungen wirken integrationsfördernd oder aber -hemmend. Zwar ist die längst überfällige Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts sowohl in Deutschland (Schleswig-Holstein, 1990) als auch in Österreich (Wien, 2004) an den Verfassungsgerichten gescheitert, doch hat der Eingang des *ius soli* Prinzips in das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht die Situation für in Deutschland geborene Migrantenkinder zweifellos stark verbessert. Während der erleichterte Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft die vollständige gesellschaftliche Integration der Migranten und ihrer Nachkommen befördert, behindert der hürdenreiche (und teure!) Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft diese völlig unnötigerweise.

////////// Wie halten wir es mit der »Leitkultur«?⁴⁸

Der Begriff »Leitkultur« wird 1998 vom deutsch-syrischen Politikwissenschaftler Bassam Tibi in die öffentliche Debatte eingeführt. In seinem Buch *Europa ohne Identität?* spricht Tibi (2000: 154) von einer auf westlichen Wertevorstellungen basierenden »europäischen Leitkultur«: »Die Werte für die erwünschte Leitkultur müssen der kulturellen Moderne entspringen, und sie heißen: Demokratie, Laizismus, Aufklärung, Menschenrechte und Zivilgesellschaft.«

Gerade Länder wie Deutschland (und Österreich!), deren Identität

48 Siehe »Die ›Leitkultur‹ ist salonfähig geworden«, *Heute* 12.10.2015.

– im Gegensatz etwa zur französischen oder US-amerikanischen – immer noch auf »Ethnizität« beruhe, bräuchten eine »Leitkultur«. Solche unfreiwillige Einwanderergesellschaften, die sich in erster Linie ethnisch-exklusiv definieren, »können den Einwanderern keine Identität geben; sie müssen einen kulturellen Wandel vollziehen, um die Fähigkeit zu einer Integration von Einwanderern zu erlangen. Integration erfordert, in der Lage zu sein, eine Identität zu geben.« Eine ethnische Identität könne nicht erworben werden, »beispielsweise kann ein Türke nicht Kurde oder ein Deutscher kein Araber werden. Aber eine zivilisatorische, an Werten (...) orientierte Identität – z. B. die Identität des *Citoyen* im Sinne der Aufklärung – kann erworben werden« (Tibi 2001).

Gleichzeitig plädiert Tibi für einen Kulturpluralismus mit Wertekonsens (und gegen den wertebeliebigen Multikulturalismus mit Parallelgesellschaften) und stellt die geordnete und gesteuerte »Einwanderung« der wildwüchsigen »Zuwanderung« und der illegalen Migration gegenüber.

Im selben Jahr verwendet *Zeit*-Herausgeber Theo Sommer erstmals den Begriff »deutsche Leitkultur«, um eine Diskussion über die Integration in Deutschland anzustoßen: »Integration bedeutet zwangsläufig ein gutes Stück Assimilation an die deutsche Leitkultur und deren Kernwerte« (Sommer 1998).

Es dauert eine Zeit, bis sich auch die Politik der »Leitkultur« annimmt – allerdings, anders als von Tibi intendiert, als Gegenbegriff zum als gescheitert angesehenen Multikulturalismus. Der damalige CDU-Abgeordnete Friedrich Merz fordert am 25. Oktober 2000 in der *Welt* Regeln für Einwanderung und Integration und stellt die »freiheitliche deutsche Leitkultur« dem Multikulturalismus gegenüber (Merz 2000; siehe dazu auch Sommer 2000). In weiterer Folge springen immer mehr konservative und auch rechte Politiker auf den Zug der »Leitkultur« auf. Der CDU-Politiker Heinz Daum etwa nimmt die Leitkultur-Debatte zum Anlass, zu einem Wahlkampf aufzurufen, »um Roten und Grünen die multikulturellen Flausen auszutreiben«. Der Begriff »deutsche Leitkultur« wird deshalb von vielen als eine »Steilvorlage für die Neue Rechte« betrachtet und stößt immer mehr

auf öffentliche Ablehnung. Der SPD-Politiker Gerhard Kadelbach etwa erklärt: »Eine deutsche Leitkultur (...) knüpft offen und schonungslos an den gewalttätigen Imperialismus von Wilhelm II. an (...) So wurde für die Nazis der gesellschaftlich-kulturelle Boden bereitet (...) Das ist die deutsche Leitkultur.«⁴⁹ Und Jürgen Habermas schreibt: »In einem demokratischen Verfassungsstaat darf auch die Mehrheit den Minderheiten die eigene kulturelle Lebensform – so weit diese von der gemeinsamen politischen Kultur des Landes abweicht – nicht als sogenannte Leitkultur vorschreiben« (Habermas 2002: 13). Bassam Tibi wehrt sich schließlich gegen die politische Instrumentalisierung des Begriffs und spricht von einer »mißglückten deutschen Debatte«.⁵⁰

2005 fordert Bundestagspräsident Norbert Lammert eine Fortsetzung der Debatte über die »Leitkultur«, die »voreilig abgebrochen« worden sei (Lammert 2005b). Die Diskussion, so Lammert später, sei auch auf europäischer Ebene zu führen: »Wenn ein Europa der Vielfalt nationale Identitäten bewahren und dennoch eine kollektive Identität entwickeln soll, braucht es eine politische Leitidee, ein gemeinsames Fundament von Werten und Überzeugungen. Eine solche europäische Leitidee bezieht sich notwendigerweise auf gemeinsame kulturelle Wurzeln, auf die gemeinsame Geschichte, auf gemeinsame religiöse Traditionen« (Lammert 2005a). Lammert spricht, so wie Tibi, stets von einer »europäischen Leitkultur« und betont, dass die »bestenfalls gut gemeinte, aber bei genauerem Hinsehen gedankenlose« Vorstellung von Multikulturalität inzwischen an ihr »offensichtliches Ende« gekommen sei. Multikulturalität könne nicht bedeuten, dass in einer Gesellschaft alles gleichzeitig und damit nichts mehr wirklich gelte (zitiert nach Lammert 2006).

2007 findet der Begriff der »Leitkultur in Deutschland« sogar Eingang ins Grundsatzprogramm der CDU; kurz zuvor hat die bayrische

49 Siehe *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 12.11.2000: 6; zitiert nach: Tibi 2001.

50 »Leitkultur« wird bei der Wahl für das Wort des Jahres 2000 auf den 8. Platz gewählt, »Deutsche Leitkultur« im selben Jahr von der Pons-Redaktion zum »Unwort des Jahres«.

Schwesterpartei bereits ein Bekenntnis zur »deutschen Leitkultur« abgelegt.⁵¹

Unter dem Titel »Wir brauchen eine neue deutsche Leitkultur« greift SPD-Politiker Raed Saleh das Thema 2015 wieder auf: »Die Diskussion um eine Leitkultur geht weit über die Grundrechte hinaus: Die europäische Tradition der Aufklärung prägt die Denk- und Verhaltensweisen unserer säkularen Gesellschaft – und sie sollte dies auch in Zukunft tun. Dies impliziert das Recht zu glauben genauso wie das Recht nicht zu glauben.« Und: »Prägend für uns Deutsche ist der – hart erkämpfte – selbstkritische Umgang mit unserer Geschichte. Und dieser Aspekt unserer Leitkultur ist nicht verhandelbar: Wer den Holocaust und die deutsche Verantwortung dafür, dass so etwas nie wieder passiert, nicht versteht, kann nur schwerlich Deutscher sein« (Saleh 2015).

In Österreich, wo die nahezu vollständige Boulevardisierung der Medienlandschaft und die weitgehende Abstinenz der intellektuellen Eliten vom gesellschaftspolitischen Diskurs eine echte Debatte gar nicht aufkommen lässt, beschränkt sich die Verwendung des Begriffs »Leitkultur« meist auf die Aufzählung von Floskeln: Der in Österreich »halbwegs gut funktionierende Rechtsstaat« (Alev Korun, Die Grünen), Frauenwahlrecht, Kinderrechte, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit (Nurten Yilmaz, SPÖ), Freiheit, Rechtsstaat, Vorrang des staatlichen Rechts gegenüber religiösen Regeln und das Begegnen aller Menschen in Österreich auf Augenhöhe (Gernot Blümel, ÖVP).

Den Vogel schießt FPÖ-Parteichef Heinz Christian Strache ab, der neuerdings gerne von Österreich als »Teil des christlich-jüdisch geprägten Abendlandes« schwadroniert.⁵² Plötzlich zählen die strikte Trennung von Politik und Religion (»die Verfassung steht immer über der Scharia«), die Gleichbehandlung der Frauen sowie die Be-

51 Siehe Grundsatzprogramm der CDU vom 4.12.2007; Grundsatzprogramm der CSU 28.9.2007.

52 Siehe »Auf der Suche nach österreichischen Werten«, Die Presse 2.2.2015. Übrigens definierte auch CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt die deutsche Leitkultur als »das Christentum mit seinen jüdischen Wurzeln, geprägt von Antike, Humanismus und Aufklärung« (*Bayernkurier* 14.10.2010, zitiert nach »Dobrindt fordert deutsche Leitkultur ein«, *Focus Online* 14.10.2010).

achtung der Meinungs- und Glaubensfreiheit zu den höchsten Werten einer Partei, die in populistischer Weise tagtäglich gegen ebendiese Werte verstößt. Für »integrationsunwillige Migranten« sieht der FPÖ-Chef sogar Kürzungen bei den Sozialleistungen vor, wobei diese ohnedies erst gewährt werden dürften, »wenn Integration gelungen sei«.

In der *Zeit* kommentiert Joachim Riedl »Österreichs irre Wertedebatte« in gewohnt spöttischer Weise. Die Regierung in Wien lege Zuwanderern neuerdings das Studium einer »Wertefibel« nahe. Der pathetische Ton und die albernen Fragen seien »befremdlich«, das ganze »ein Kanon aus heißer Luft«. Von »Selbstbestimmung« über »Respekt« und »(Kultur-)Bildung« bis zu »Civilcourage« reiche dieses Musterbuch. »Das ist eher frommes Wunschdenken, denn im österreichischen Alltag sind die meisten der angeführten Tugenden nur in Spurenelementen vorhanden.« Vermutlich aber, so Riedl, solle dieses Anforderungsprofil für Neuösterreicher »hauptsächlich auf die tendenziell ausländerfeindliche Bevölkerung beruhigend wirken, der dadurch das Gefühl vermittelt wird, man lasse nur geeichte Musterdemokraten ins Land« (Riedl 2013).

Tatsächlich wirken die Probefragen der Multiple-Choice-Prüfung eher wie ein kabarettistischer Dialog. Frage 1 zum Staatsbürgerschaftstest etwa lautet: »Zu welchem großen Reich gehörte Österreich ab dem Jahre Null fast 500 Jahre lang?« Mögliche Antworten: »Römisches, Ägyptisches, Chinesisches oder Persisches Reich?« Oder Frage 16, »Was bedeutet der Begriff »Demokratie?«: »Volksherrschaft – Alleinherrschaft – Polizeiherrschaft – Das Recht des Stärkeren.«⁵³

////////// Statt eines Fazits

Deutschland und Österreich, durch gemeinsame Geschichte und kulturelle Nähe gleichermaßen verbunden wie getrennt, haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr unterschiedlich entwickelt – sowohl

53 Siehe www.staatsbuergerschaft.gv.at/index.php?id=24.

was die Richtung als auch was das Tempo betrifft. Deutschland hat nach der selbst verschuldeten Katastrophe des Zweiten Weltkriegs relativ rasch zu einer neuen und alles in allem recht pragmatischen Identität und einem einigermaßen gefestigten Selbstbild gefunden – trotz NPD, NSU und Pegida. Der zum größten Teil selbst erarbeitete wirtschaftliche Wohlstand des Landes mag dazu ebenso beitragen haben wie die alles im allem geglückte Wiedervereinigung, die das Land und seine Bewohner vor nicht unbeträchtliche Herausforderungen stellte.

Österreich, das erst nach 1945 eine stabile eigene Identität entwickeln konnte, erlebte in den 1970er-Jahren einen Aufbruch und Aufschwung, der dem kleinen Land sogar internationale Bedeutung – als Mittler und Begegnungsort für das »große Weltgeschehen« – bescherte. Der lange Zeit angestrebte Beitritt zur Europäischen Union warf Österreich – so wie andere kleine Mitgliedstaaten auch – paradoxe Weise wieder auf sich selbst zurück und ließ sowohl den Österreich-Chauvinismus als auch die Skepsis gegenüber allem Fremden gedeihen. Der bis heute anhaltende Vormarsch des rechten Populismus – nicht bloß als politisches, sondern als gesamtgesellschaftliches Phänomen! – hat das Land und seine Bevölkerung in eine dauerhafte politische, aber auch kulturelle Stagnation geführt.

Der Umgang mit dem Fremden ist immer auch ein Resultat des Umgangs mit sich selbst. Wenn wir gesellschaftliche Diversität in all ihren Ausprägungen als den Normalzustand unserer Gesellschaften ansehen – eine Entwicklung, die unumkehrbar scheint, ob es uns nun gefällt oder nicht! – dann scheint Deutschland deutlich weiter entwickelt als Österreich zu sein. Eine moderne, pluralistische und diverse deutsche Gesellschaft wird jedoch noch stärker als bisher danach trachten müssen, allen in Deutschland dauerhaft lebenden Menschen gleichen Zugang zu Bildung und gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen und den Zuwanderern ein Identitätsangebot zu unterbreiten, das über das ethnische hinausreicht. Dann könnte Deutschland es tatsächlich »schaffen«.

Österreich ist in einer wesentlich weniger komfortablen Lage. Das kleine, immer noch wohlhabende Land droht unter der Dauer-

blockade der ungeliebten Großen Koalition und der Dauerbedrohung durch die rechtspopulistische FPÖ, aber auch durch die Unwilligkeit der politischen Eliten, längst überfällige Reformen im Bereich der staatlichen Institutionen, des Gesundheits-, des Renten- oder Bildungswesens endlich auch umzusetzen, zu erstarren. Die mangelnde Bereitschaft, den neuen Realitäten einer globalisierten Welt ins Auge zu blicken und sich den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen offensiv zu stellen, wird gerade beim Dauerthema Zuwanderung augenfällig. Im schlechtesten Fall droht dem Land eine ganze Generation unzureichend ausgebildeter und an der gesellschaftlichen Teilhabe gehinderter ausländischer Wohnbürger, deren Bereitschaft, sich mit ihrer nicht selbst gewählten neuen »Heimat« zu identifizieren, überaus gering sein wird.

Hier Deutschland: wohlhabend und groß, im Umgang mit seiner neuen Rolle als europäische Führungsmacht ringend. Manchmal etwas zu unsicher, manchmal etwas zu großmäulig. Wie meinte doch Angela Merkel am CDU-Parteitag im Dezember 2015: »(...) weil es zur Identität unseres Landes gehört, Größtes zu leisten.«

Da Österreich: wohlhabend und klein, rückwärtsgewandt und selbstbezogen. Immer etwas zu unsicher, immer etwas zu kleinmütig. »Wir müssen an einer Festung Europa bauen«, so Innenministerin Johanna Mikl-Leitner bei einem Besuch am Grenzübergang Spielfeld im Oktober 2015.

Literatur

- Alber, Karl, und Ernst Gehmacher (Hrsg.) (1973). *Gastarbeiter. Wirtschaftliche und soziale Herausforderung*. Wien.
- Anderson, Benedict (2005). *Die Erfindung der Nation*. Frankfurt a. M.
- Assmann, Jan (2007) *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München.
- »Auf der Suche nach österreichischen Werten«. *Die Presse* 2.2.2015.
<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4652951/Auf-der-Suche-nach-osterreichischen-Werten> (Download 12.2.2016).
- Bauböck, Rainer (1996). »Nach Rasse und Sprache verschieden«. *Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute*. Reihe *Politikwissenschaft/Political Science Series* 31. 15.
- Bauböck, Rainer (2001). »Gleichheit, Vielfalt und Zusammenhalt – Grundsätze für die Integration von Einwanderern«. *Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann*. Hrsg. Rainer Bauböck und Patrick Volf. Wien. 11–41.
- Bauböck, Rainer, und Bernhard Perchinig (2003). *Migrations- und Integrationspolitik in Österreich*. Wien. www.okay-line.at/file/656/osterr-migr-integr-politik.pdf (Download 12.2.2016).
- Bauböck, Rainer, und Patrick Volf (2001). *Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann*. Wien.
- Bauer, Otto (1919). »Acht Monate auswärtiger Politik«. Rede vom 29. Juli 1919 in Wien. http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb11128183_00006.html (Download 12.2.2016).

- Biermann, Wolf (1990). »Im Gehirn der Riesenkrake« *Zeit Online* 21.9.1990. www.zeit.de/1990/39/im-gehirn-der-riesenkrake/seite-5 (Download 12.2.2016).
- Biffl, Gudrun (1995). *SOPEMI Report on Labour Migration Austria 1994/95*. Wien.
- Bodi, Leslie (1999). »Internationale Verständigung und nationale Identität – Modellfall Österreich«. *TRANS – Internet-Zeitschrift für Kulturwissenschaften* (7) September 1999. www.inst.at/trans/7Nr/bodi7.htm (Download 12.2.2016).
- Bonin, Holger (o. J.). *Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt*. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Bonin_Beitrag_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_nm.pdf (Download 12.2.2016).
- Brechenmacher, Thomas (o. J.). »Kulturelle Identität in Deutschland«. *Fremde Freunde? Politische Kultur in Deutschland und Italien im Dialog*. Sankt Augustin. www.kas.de/wf/de/71.7803/ (Download 12.2.2016).
- Bruckmüller, Ernst (1994). *Österreichbewußtsein im Wandel. Identität und Selbstverständnis in den 90er Jahren*. Wien.
- Bruckmüller, Ernst (1996). *Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlichpolitische Prozesse*. Wien.
- Bundesanstalt für Arbeit (1973). *Repräsentativuntersuchung '72 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Bundesgebiet und ihre Familien- und Wohnverhältnisse*. Nürnberg.
- Burger, Rudolf (1993). *Überfälle. Interventionen und Traktate*. Wien.
- Coudenhove-Kalergi, Barbara (1998). »Wie deutsch sind die Österreicher?«. *Der Spiegel* 26.9.1988. www.spiegel.de/spiegel/print/d-13531257.html (Download 12.2.2016).
- Çinar, Dilek (1992). »Immigration und Multikulturalität«. *Ein-Sichten und Vor-Bilder*. Schulheft 66. Wien. 113–118.
- Çinar, Dilek, Christoph Hofinger und Harald Waldrauch (1995). *Integrationsindex. Zur rechtlichen Integration von AusländerInnen in ausgewählten europäischen Ländern*. IHS Reihe Politikwissen-

- schaft. Wien. http://aei.pitt.edu/32445/1/1264672251_pw_25.pdf (Download 12.2.2016).
- Dahlmann, Dittmar, Albert S. Kotowski und Zbigniew Karpus (Hrsg.) (2005). *Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg*. Essen.
- Delgado, Jesus Manuel (1972). *Die »Gastarbeiter« in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie*. Opladen.
- Deutscher Fusball-Bund (o. J.). »Hans Schäfer: Der Weltmeister von 1954 wird 85«. www.dfb.de/news/detail/hans-schaefer-der-weltmeister-von-1954-wird-85-37599/ (Download 15.2.2016).
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (2014). *10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Oktober 2014)*. Berlin. www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2014-10-29-Lagebericht-lang.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Download 12.2.2016)
- »Die ›Leitkultur‹ ist salonfähig geworden«. *Heute* 12.10.2015. www.heute.de/in-der-fluechtlingsdebatte-wird-zunehmend-auch-ueber-eine-deutsche-leitkultur-diskutiert-40515348.html (Download 12.2.2016).
- »Dobrindt fordert deutsche Leitkultur ein«. *Focus Online* 14.10.2010. www.focus.de/politik/deutschland/csu-dobrindt-fordert-deutsche-leitkultur-ein_aid_562232.html (Download 12.2.2016).
- Dusek, Peter, Anton Pelinka und Erika Weinzierl (1995). *Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik*. Wien.
- »Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz«. *Die Welt* 27.1.2015. www.welt.de/politik/deutschland/article136817561/Es-gibt-keine-deutsche-Identitaet-ohne-Auschwitz.html (Download 12.2.2016).
- Fassmann, Heinz (Hrsg.) (2007). *2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001–2006*. Klagenfurt.
- Fassmann, Heinz, und Rainer Münz (1995). *Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen*. Wien.

- Fassmann, Heinz, Rainer Münz und Wolfgang Seifert (1997). »Die Arbeitsmarktposition ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland (West) und Österreich«. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* (30). http://doku.iab.de/mittab/1997/1997_4_mittab_fassmann_muenz_seifert.pdf (Download 12.2.2016).
- Fassmann, Heinz, und Irene Stacher (Hrsg.) (2003). *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen.* Klagenfurt.
- Frölich-Steffen, Susanne (2003). *Die österreichische Identität im Wandel.* Wien.
- Frühschütz, Georg (o. J.). »Deutsche Identitätsprobleme«. Review 2014 – Außenpolitik weiterdenken Oktober 2005. www.aussenpolitik-weiter-denken.de/de/blog/article/deutsche-identitaetsprobleme.html (Download 12.2.2016).
- Garber, Klaus (Hrsg.). *Nation und Literatur im Europa der Frühen Neuzeit.* Tübingen.
- Gärtner, Reinhold (2003). »Österreich«. *Handbuch der Ausländer- und Zuwanderungspolitik. Von Afghanistan bis Zypern.* Hrsg. Wolfgang Gieler. Münster. 447–455.
- Geißler, Rainer (2004). *Sozialer Wandel in Deutschland.* München 2004.
- Geißler, Rainer (2008). *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung.* Wiesbaden.
- Gellner, Ernest (1995). *Nationalismus und Moderne.* Hamburg.
- Glattauer, Daniel (2005). »Die Verösterreicherung einer außerösterreichischen Angelegenheit: eine heimische Spezialität«. *Der Standard* 23./24.4.2005. <http://derstandard.at/2024745/dag-Papst-Gastein> (Download 12.2.2016).
- Glavinic, Thomas (2014). »Wir sind alle nicht von hier«. *Süddeutsche Zeitung* 20.4.2014. www.sueddeutsche.de/politik/identitaeten-in-schweiz-und-oesterreich-wir-sind-alle-nicht-von-hier-1.1939571 (Download 12.2.2016).
- Glettler, Monika (1985). *Böhmisches Wien.* Wien.
- Gürses, Hakan, Cornelia Kogoj und Sylvia Mattl (2004). *Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration.* Wien.

- Habermas, Jürgen (2002). *Die Zukunft der menschlichen Natur. Auf dem Weg zu einer liberalen Eugenik?* Frankfurt a. M.
- Hardtwig, Wolfgang (1994). »Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung. Frühformen des Nationalismus in Deutschland 1500–1840«. *Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914*. Hrsg. Wolfgang Hardtwig. Göttingen. 34–54.
- Heer, Friedrich (1981). *Der Kampf um die österreichische Identität*. Wien.
- Herburger, Silvia (2010). »Er hat alles vergessen, er hat einfach sein Leben gelebt«. *Arbeitsmigration und Alter am Beispiel ehemaliger türkischer »Gastarbeiter« und »Gastarbeiterinnen«*. Wien.
- Hemetek, Ursula (Hrsg.) (2000). *Am Anfang war der Kolaric. Plakate gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit*. Wien.
- Hintermann, Christiane (2005). »WohnbürgerInnenschaft statt Assimilierungsdruck«. *Heraus Forderung Migration*. Hrsg. Susanne Binder, Gabriele Rasuly-Paleczek und Maria Six-Hohenbalken. Wien. 145–158.
- Hobsbawm, Eric (1995). *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München.
- »Höchste Zuzugsrate in Deutschland seit 1992«. *F.A.Z.* 21.1.2015. www.faz.net/aktuell/politik/inland/hoechste-zuwanderung-in-deutschland-seit-1992-13382643.html (Download 12.2.2016).
- Hoffmann-Ostenhof, Georg (2015). »Wo das Böse sitzt«. *profil* 29.8.2015. www.profil.at/meinung/georg-hoffmann-ostenhof-wo-boese-5834865 (Download 12.2.2016).
- Höhne, Jutta, Benedikt Linden, Eric Seils und Anne Wiebel (2014). »Die Gastarbeiter. Geschichte und aktuelle soziale Lage«. *WSI Report 16*. www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_16_2014.pdf (Download 12.2.2016).
- Huntington, Samuel P. (1996). *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York.
- Identity Foundation (Hrsg.) (2009). *Deutsch-Sein – Ein neuer Stolz auf die Nation im Einklang mit dem Herzen Die Identität der Deutschen*. Düsseldorf. http://identity-foundation.de/images/stories/downloads/Studie_Deutsch-Sein_final_klein.pdf (Download 12.2.2016).

- »»Ideologische Missgeburt: Haider's umstrittenste Sager«.
Die Presse.com. http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1462760/Ideologische-Missgeburt_Haider's-umstrittenste-Sager?gal=1462760&index=9&direct=&_vl_backlink=&popup= (Download 12.2.2016).
- Jeges, Oliver (2014). »Die österreichische ›Identitätssuche‹. *Jungle World* 38. <http://jungle-world.com/artikel/2014/38/50597.html> (Download 12.2.2016).
- Jochum, Manfred (Hrsg.) (1998). *80 Jahre Republik Österreich*. Wien.
- John, Michael, und Albert Lichtblau (1992). *Schmelztiegel Wien – einst und jetzt*. Wien.
- Kempf, Wilhelm (2002). »Die Konstruktion nationaler Identität in der österreichischen Presse seit ›45«. *conflict & communication online* (1) 1. www.cco.regener-online.de/2002_1/pdf_2002_1/kempf.pdf (Download 12.2.2016).
- Klahr, Alfred (1937). »Zur nationalen Frage in Österreich«. *Weg und Ziel* (2) 3. www.klahrgesellschaft.at/Nation.html (Download 12.2.2016).
- Koselleck, Reinhart, Fritz Gschnitzer, Karl Ferdinand Werner und Bernd Schönemann (1992). »Volk, Nation, Nationalismus, Masse«. *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 7. Hrsg. Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck. Stuttgart. 141–431.
- König, Peter, Günther Schultze und Rita Wessel (1986). *Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland – Repräsentativuntersuchung 1985*. Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Bonn.
- Kreid, Johanna (2009). *Migration als »Erfolgsgeschichte« – »erfolgreiche« Kinder der Zweiten Generation*. Wien.
- Kreissler, Felix (1984). *Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen*. Wien.
- Kühn, Heinz (1979). *Kühn-Memorandum*. Bonn. www.migration-online.de/data/khnmemorandum_1.pdf (Download 12.2.2016).
- Lammert, Norbert (2005a). »Auch die EU braucht ein ideelles Fundament«. *Die Welt* 13.12.2005. www.welt.de/printwelt/

- article183928/Auch_die_EU_braucht_ein_ideelles_Fundament.html (Download 12.2.2016).
- Lammert, Norbert (2005b). »Das Parlament hat kein Diskussionsmonopol«. *Zeit Online* 43. www.zeit.de/2005/43/interview-lammert (Download 12.2.2016).
- Lammert, Norbert (2006). »Karikaturenstreit. Lammert Wiedervorlage«. F.A.Z. 8.2.2006: 4. www.faz.net/aktuell/politik/inland/karikaturenstreit-lammerts-wiedervorlage-1305810.html (Download 12.2.2016).
- Lauer, David (2015). »Wer sind ›Wir‹?«. *Deutschlandradio* 4.10.2015. www.deutschlandradiokultur.de/deutsche-identitaet-wer-sind-wir.2162.de.html?dram:article_id=332888 (Download 12.2.2016).
- Liessmann, Konrad Paul (1999). »Laudatio zur Verleihung des Österreichischen Staatspreises für Kulturpublizistik an Robert Menasse am 12. Mai 1999«. *Dummheit ist machbar. Begleitende Essays zum Stillstand der Republik*. Hrsg. Robert Menasse. Wien. 160–167.
- Luger, Kurt (o. J.). »Populärkultur und Identität. Symbolische Ordnungskämpfe im Österreich der Zweiten Republik«. www.uni-salzburg.at/fileadmin/oracle_file_imports/1181251.PDF (Download 12.2.2016).
- Mehrländer, Ursula, Roland Hofmann und Peter König (1981). *Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland – Repräsentativuntersuchung '80, Forschungsbericht 50 der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Bonn.
- Merz Friedrich (2000). »Einwanderung und Identität«. *Die Welt* 25.10.2000. www.welt.de/print-welt/article540438/Einwanderung-und-Identitaet.html (Download 12.2.2016).
- MIPEX – Migrant Integration Policy Index (2015). »Austria«. www.mipex.eu/austria
- Musil, Robert (1930). *Der Mann ohne Eigenschaften*. Berlin. <http://gutenberg.spiegel.de/buch/der-mann-ohne-eigenschaften-erstes-buch-7588/99> (Download 12.2.2016).
- Münz, Rainer, Peter Zuser und Josef Kytir (2003). »Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung:

- Struktur und Entwicklung«. *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*. Hrsg. Heinz Fassmann und Irene Stacher. Klagenfurt. 20–61.
- Neuscheler, Tillmann (2015). »Was hat Deutschland von der Einwanderung?«. *F.A.Z.* 28.1.2015. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/einwanderung-in-deutschland-folgen-kosten-nutzen-13359812.html (Download 12.2.2016)
- Nowak, Rainer (2007). »Ein Einwanderungsland will es nicht wahrhaben«. *Die Presse* 13.11.2007. http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/342973/Leitartikel_Ein-Einwanderungsland-will-es-nicht-wahrhaben (Download 12.2.2016).
- »OECD-Migration: Schlechte Noten für Österreich«. *OE1/ORF.at* 1.12.2014. <http://oe1.orf.at/artikel/393386> (Download 12.2.2016).
- »OECD: Österreich nutzt Potenzial der Einwanderer nicht«. *derStandard.at* 1.12.2014. <http://derstandard.at/2000008825013/OECD-EU-Binnenmigration-erstmals-so-hoch-wie-Zuwanderung-von-aussen> (Download 12.2.2016).
- Pelinka, Anton (1985). *Windstille. Klagen über Österreich*. Wien.
- Pelinka, Anton, und Sieglinde Rosenberger (2007). *Österreichische Politik: Grundlagen – Strukturen – Trends*. Wien.
- Plasser, Fritz, und Peter A. Ulram (2002). *Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?* Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 25. Wien.
- Puschner, Uwe, Walter Schmitz und Justus H. Ulbricht (Hrsg.) (1996). *Handbuch zur »Völkischen Bewegung« 1871–1918*. München.
- Reichel, David (2010). »Fremdenrecht, soziale Diskriminierung und Integration. Die schwierige Situation der ehemaligen ›Gastarbeiterinnen‹ und ihres Familiennachzugs«. *SWS-Rundschau* (50) 1. 56–76.
- Reinprecht, Christoph (2006). *Nach der Gastarbeit. Prekäres Altern in der Einwanderungsgesellschaft*. Wien.
- Renan, Ernest (1995). *Was ist eine Nation?* Frankfurt a. M.
- Riedl, Joachim (2013). »Österreichs irre Werte-Debatte«. *Zeit Online* 29.4.2013. www.zeit.de/politik/ausland/2013-04/oesterreich-staats-buergerschaft-wertefibel (Download 12.2.2016).

- Ringel, Erwin (1984). *Die österreichische Seele*. Wien.
- Saleh, Raed (2015). »Als ich die deutsche Fahne hisste«. *F.A.Z.* 18.2.2015. www.faz.net/aktuell/politik/inland/debatte-um-nationale-identitaet-als-ich-die-deutsche-fahne-hisste-13432392.html (Download 12.2.2016).
- Saleh, Raed (2015). »Wir brauchen eine neue deutsche Leitkultur«. *Der Tagesspiegel* 19.10.2015. www.tagesspiegel.de/politik/berlins-spd-fraktschef-raed-saleh-wir-brauchen-eine-neue-deutsche-leitkultur/12463352.html (Download 12.2.2016).
- Sauerbrey, Anna (2015). »Bitte mehr Geld und bloß keine Romantik!« *Der Tagesspiegel* 20.7.2015. www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-identitaet-bitte-mehr-geld-und-bloss-keine-romantik/12077380.html (Download 12.2.2016).
- Schäfer, Christoph (2015). »Der Preis der Einwanderung«. *F.A.Z.* 19.1.2015. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/kommentar-der-preis-der-einwanderung-13377781.html (Download 12.2.2016).
- Schmeltzl, Wolfgang (1548): *Ein Lobspruch der hochlöblichen weit-berümbten Khünigklichen Stat Wien in Osterreich*. Wien.
- Schmiderer, Stefanie (2008). *Integration: Schlagwort – Zauberwort – hohles Wort. Eine historische und begriffliche Auseinandersetzung im Kontext der österreichischen Immigrationsgeschichte (1970–2005)*. Wien.
- Schnibben, Cordt (1993). »Die Suche der Deutschen nach nationaler Identität«. *Der Spiegel* 50.
- Scholz, Rupert (2008) »Kulturelle Identität. Über Multikulturalität im Unterschied zu Multikulturalismus«. *Die politische Meinung* 465. 35–39.
- Schröder, Gerhard (o. J.) »Nation, Patriotismus, Interesse«. *Zeit Online*. www.zeit.de/reden/gesellschaft/200220_schroeder_patriotismus (Download 12.2.2016).
- Schüle, Christian (2014). »Wir sind wieder wer, aber wer nochmal?«. *Deutschlandradio* 19.11.2014. www.deutschlandradiokultur.de/patriotismus-wir-sind-wieder-wer-aber-wer-nochmal.1005.de.html?dram:article_id=303588 (Download 12.2.2016).

- Sen, Amartya (2006). *Identity and Violence: The Illusion of Destiny*. New York.
- Seeßlen, Georg (2014). »Die Rache der Gedemütigten«. *taz.de* 10.7.2014. www.taz.de/!5038101/ (Download 12.2.2016).
- Seeßlen, Georg (2015). »Die Karriere eines Kampfbegriffs«. *taz.de* 28.10.2015. www.taz.de/!t5231772/ (Download 12.2.2015).
- Siegrist, Hannes, Jakob Vogel und Etienne François (Hrsg.) (2011). *Nation und Emotion*. Göttingen.
- Sinn, Hans-Werner (2015). »Ökonomische Effekte der Migration«. *F.A.Z.* 3.1.2015. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/ifo-chef-sinn-oekonomische-effekte-der-migration-13343999.html (Download 12.2.2016).
- Smith, Tom W., und Seokho Kim (2006). »National Pride in Cross-national and Temporal Perspective«. *International Journal of Public Opinion Research* 18. 127–136.
- Smutny, Florian (2004). *Das Nationale. Aktuelle Impulse für die Nationalismusforschung*. Wien.
- Sommer, Bernd (2010). *Prekarisierung und Ressentiments, Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Wiesbaden.
- Sommer, Theo (1998). »Der Kopf zählt, nicht das Tuch – Ausländer in Deutschland: Integration kann keine Einbahnstraße sein«. *Zeit Online* 16.7.1998. www.zeit.de/1998/30/199830.auslaender_.xml (Download 12.2.2016).
- Sommer, Theo (2000). »Einwanderung ja, Ghettos nein – Warum Friedrich Merz sich zu Unrecht auf mich beruft«. *Zeit Online* 16.11.2000. www.zeit.de/2000/47/200047_leitkultur.xml (Download 12.2.2016).
- Statistik Austria (2004). *Statistische Übersichten*. Wien.
- Statistik Austria (2015). *Migration & Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren*. Wien. www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2015/20150709_migration_integration2015-EU.pdf (Download 12.2.2016).
- Šunjic, Melita, und Patrik Volf (1995). *Echte Österreicher. Gespräche mit Menschen, die als Flüchtlinge ins Land gekommen sind*. Wien.

- Tibi, Bassam (2000). *Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*. München.
- Tibi, Bassam (2001). »Leitkultur als Wertekonsens. Bilanz einer missglückten deutschen Debatte«. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2. www.bpb.de/publikationen/40QIUX,1,0,Leitkultur_als_Wertekonsens.html#art1 (Download 12.2.2016).
- UNESCO (2002). *UNESCO Universal Declaration of Cultural Diversity*. Paris. www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kultur/kkv/kkv6sprachen.pdf (Download 12.2.2016).
- Volf, Patrik (1995). »Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945«. *Zeitgeschichte* 11–12. 415–435.
- Volf, Patrik, und Rainer Bauböck (2001). *Wege zur Integration*. Klagenfurt.
- Waldrauch, Harald, und Dilek Çinar (2003). »Staatsbürgerschaftspolitik und Einbürgerungspraxis in Österreich«. *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*. Hrsg. Heinz Fassmann und Irene Stacher. Klagenfurt. 261–283.
- Wigard, Franz (1848). *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Deutschen Constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main*. Bd. 1. Frankfurt a. M. 737. <http://daten.digitale-sammlungen.de/~db/0001/bsb00011908/images/index.html?id=00011908&groesser=&fip=193.174.98.30&no=&seite=747> (Download 12.2.2016).
- Wodak, Ruth (1996). »»Die Österreicher sind von der Zeitgeschichte nicht gerade mit Samtpfoten behandelt worden.« Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identität«. *1000 Jahre Österreich – Wege zu einer österreichischen Identität*. Hrsg. Franz Römer. Wien. 35–67.
- Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (2015). *Deutschland 2014 – 25 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Ergebnisse eines Forschungsprojekts Sind wie ein Volk?* Hrsg. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Berlin. www.tagesschau.de/einheits-studie-103.pdf (Download 12.2.2016).

Weitere Quellen

Aufenthaltsgesetz 2005:

www.buzer.de/s1.htm?g=AufenthG&f=1 (Download 12.2.2016)

Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich, 1. Mai 1934:

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=bgl&datum=19340004&seite=00000001&zoom=2> (Download 12.2.2016)

Bundesverfassungsgericht (zum Ausländerwahlrecht):

www.servat.unibe.ch/dfr/bv083037.html (Download 12.2.2016)

Die Deutsche Gedichtebibliothek:

http://gedichte.xbib.de/Arndt_gedicht_Des+Deutschen+Vaterland.htm (Download 12.2.2016)

http://gedichte.xbib.de/Heine_gedicht_Diesseits+und+jenseits+des+Rheins.htm (Download 12.2.2016)

Dresdner Manifest:

www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/programme/1991_Dresdner-Manifest-Die-Zukunft-gemeinsam-gestalten.pdf (Download 12.2.2016)

[www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Parteitage/
1991-12-15-17_Prokoll_02.Parteitag_Dresden.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Parteitage/1991-12-15-17_Prokoll_02.Parteitag_Dresden.pdf)
(Download 12.2.2016)

FPÖ-Parteiprogramm, 18.6.2011:

www.fpoe.at/themen/parteidprogramm/heimat-identitaet-und-umwelt/ (Download 12.2.2016)

Grundsatzprogramm der CDU, 4.12.2007:

[www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-
grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1](http://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1) (Download 12.2.2016)

Grundsatzprogramm der CSU, 28.9.2007:

www.hss.de/fileadmin/media/downloads/ACSP/Grundsatzprogramm_2007.pdf (Download 12.2.2016)

Moskauer Deklaration, 1. November 1943:

www.ibiblio.org/pha/policy/1943/431000a.html (Download 12.2.2016)

Österreichische Mediathek:

www.oesterreich-am-wort.at/treffer/atom/015C6FC2-2C9-0036F-00000D00-015B7F64/ (Download 15.2.2016)

Staatsangehörigkeitsgesetz:

www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/rustag/gesamt.pdf

(Download 12.2.2016)

Verfassungen Österreichs:

Kremsier Entwurf, www.verfassungen.de/at/at-18/kremsier49.htm

(Download 12.2.2016)

Oktroyierte Märzverfassung, www.verfassungen.de/at/at-18/verfassung49-i.htm (Download 12.2.2016)

Wikipedia, Abbildung Völkertafel:

[https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkertafel_\(Steiermark\)#/media/File:V%C3%B6lkertafel.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkertafel_(Steiermark)#/media/File:V%C3%B6lkertafel.jpg) (Download 12.2.2016)

Der Autor



Werner T. Bauer ist Kulturanthropologe und Orientalist und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung in Wien. Daneben ist er als Kurator der Dauerausstellung »Das Rote Wien« und als Redakteur des gleichnamigen Internetlexikons tätig. Er ist Autor mehrerer Dokumentarfilme sowie zahlreicher wissenschaftlicher Artikel und Sachbücher.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Dr. Kai Unzicker
Senior Project Manager
Programm Lebendige Werte
Telefon +49 5241 81-81405
Fax +49 5241 81-681131
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de